

Was hilft, das nervt manchmal

Ein großer Teil dieser Ausgabe des MO-Magazins für Menschenrechte wird mittels Straßenkolportage vertrieben.

Straßenkolportage hilft den Menschen, die die Zeitung verkaufen. Denn bei den KolporteurInnen handelt es sich ausnahmslos um bedürftige Menschen. Für sie ist jeder dazuverdiente Euro eine wichtige Hilfe im Kampf ums existenzielle Überleben.



Straßenkolportage leistet einen wichtigen Beitrag zur Medienvielfalt in Österreich. Österreich braucht eine lebendigere Medienlandschaft und unsere Gesellschaft braucht eine Vielfalt an Perspektiven.

Straßenkolportage hilft SOS Mitmensch beim Vertrieb seines Menschenrechtsmagazins. Wir wollen mit dem MO zu einer offeneren, demokratischeren und lebendigeren Gesellschaft beitragen.

Straßenkolportage nervt aber auch manchmal. Es gibt Situationen, in denen man keine Lust hat, eine Straßenzeitung unter die Nase gehalten zu bekommen. Es gibt Situationen, in denen KolporteurInnen zu hartnäckig ihrem schwierigen Geschäft nachgehen oder sich nicht korrekt verhalten. Und es gibt nichtautorisierte VerkäuferInnen und BettlerInnen, die ihr Glück mit einem MO in der Hand versuchen.

Wir nehmen jede Beschwerde sehr ernst. Wir führen Schulungen durch und versuchen den Austausch mit den KolporteurInnen zu intensivieren. Aber all das ist natürlich keine absolute Garantie dafür, dass es nicht da oder dort doch zu Fehlverhalten kommt. Was uns allerdings immer wieder sehr positiv bewegt, ist die Tatsache, dass sich fast alle Menschen, die sich über das Verhalten einzelner KolporteurInnen beschwerten, solidarisch mit dem SOS Mitmensch Kolportage-Projekt erklären. Viele sprechen auch ein großes Lob für die Qualität des MO-Magazins für Menschenrechte aus.

Daher steht es für uns außer Frage, dass wir unser Straßenzeitungsprojekt weiter führen möchten. Unsere Bitte an Sie: Kaufen Sie unsere Zeitung nur von KolporteurInnen, die den MO-Ausweis sichtbar tragen. Und wenn Sie das Verhalten eines Kolporteurs oder einer Kolporteurin unangemessen finden, dann schicken Sie uns eine Nachricht an: office@sosmitmensch.at

Danke.



JETZT SPENDEN!
IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590
BIC: BAWAATWW

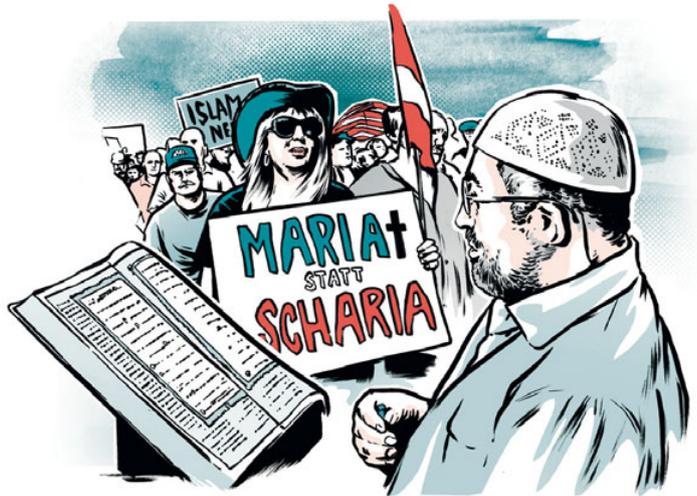


Illustration: P.M. Hoffmann

Die Kulturkampf-Karte zieht immer noch.

Liebe Leserin Lieber Leser

Die rechtsextreme NPD in Deutschland hatte vor zwei Jahren mit dem Spruch „Maria statt Scharia“ wahlgekämpft, der FPÖ, die Jugendorganisation der FPÖ, reimte voriges Jahr „Josef & Maria statt Burka & Scharia“. Parteichef Heinz-Christian Strache verkündete heuer in einer „Rede zur Lage der Nation“ folgende Botschaft: „Muslime, die unter dem ‚Islamischen Gesetz der Scharia‘ leben wollen, ersuchen wir höflich, Österreich umgehend zu verlassen. Wir sehen in ihnen radikale Islamisten, nicht mehr und nicht weniger.“ Soweit also alles wie gehabt in diesem politischen Spiel.

Die Frage, worüber hier eigentlich diskutiert wird, wollten wir dennoch nicht übergehen und haben den Grazer Universitätsprofessor Karl Prenner neun Fragen zur Scharia gestellt. Einiges, das man angesichts der medial inflationären Wortmeldungen zur Scharia über den Glauben muslimischer Menschen wissen sollte, ist nun hier nachzulesen. Des Weiteren präsentieren 11 NGOs einen Fahrplan für Österreich, wie sich das Land in eine bessere Zukunft für alle entwickeln könnte.

Spannende Momente wünscht
Gunnar Landsgeßel



Foto: Suzy Stoeckl



Foto: Claudia Spiess / Garten der Begegnung



Foto: Stephanie Füssenich

Einstieg

3 EDITORIAL

4 INHALTSVERZEICHNIS

7 KURZE BILANZ NACH DREI JAHREN

Fünf Gründe, warum Sebastian Kurz den Titel „Integrationsminister“ nicht verdient.
Kommentar: Alexander Pollak

8 MÜSSEN VON DER NEIDDEBATTE WEGKOMMEN

Der ÖVP-Europapolitiker Othmar Karas im Gespräch über Ein-Euro-Jobs, Flüchtlings- und Brexit-Referenden und die Auswirkungen von Symbolpolitik.
Interview: Kathrin Wimmer

11 SIE SCHAFFEN ES

Flüchtlinge, ein Jahr nach der großen Ankunft. Wer kümmert sich um sie? Was ist aus den zahlreichen Initiativen geworden?
Reportage: Milena Österreicher

14 NOTSTAND HERRSCHT ANDERSWO

Margaretha Maleh, seit 2015 Präsidentin von „Ärzte ohne Grenzen Österreich“, übt scharfe Kritik an Österreichs Flüchtlingspolitik.
Interview: Eva Maria Bachinger

18 DIE SCHARIA WAR SCHON IMMER FLEXIBEL

Neun Fragen an den Grazer Universitätsprofessor Karl Prenner über die Scharia, über die viele reden und niemand eine Ahnung hat.

22 SCHARIA - EIN GEDANKENANSTOSS

Ein Kommentar von Carla Amina Baghajati.

23 DAS IST VERHANDLUNGSSACHE

Warum die Scharia vor allem Ausdruck der offenen Struktur des Islam ist. Ein Kommentar der Buchautorin und Islamlehrerin Lamya Kaddor.

25 MASTERPLAN FÜR ÖSTERREICH

Ein gutes Leben für Alle versprechen 11 NGOs, die ein Budget für Österreich erstellt haben, das eine bessere Zukunft verspricht. Sofern sich die Politik an den Fahrplan hält.

Beiträge: David Mum, Johannes Wahlmüller, Elisabeth Klatzer, Alexander Pollak, Heidi Schrodt, Alexandra Strickner, Susanne Haslinger

32 ABHOLZEN IM NAMEN DER NACHHALTIGKEIT

Kathrin Hartmann hat recherchiert, wie Palmöl-Firmen zu erst riesige Waldflächen abholzen und dann mit Monokulturen am Emissionshandel verdienen.
Interview: Johanna Müller

35 IMPRESSUM

Rubriken

36 KOLUMNEN

Martin Schenk: Lebensmittel, die man nicht essen kann
Philipp Sonderegger: Gandhi, der Rassist
Clara Akinyosoye: Burkadebatte - Alles nur Kosmetik?

38 COMMUNITY NEWS

Neues aus den muslimischen Gemeinden.
Die MJÖ feiert 20 Jahre, in Kuala Lumpur gibt es eine Ausstellung über den Islam in Österreich zu sehen.
Text: Ibrahim Yavuz

39 SPOTLIGHT

Martin Glier ist der Pressesprecher von Norbert Hofer und damit möglicherweise auch der des höchsten Repräsentanten der Republik. Wenn er twittert, dann kann es ruppig werden.
Text: Muhamed Beganovic

42 MEDIEN

Bücher: Wir da draußen; Die neue Türkei; Wert und Würde; Deutschland ist bedroht; Der Fall - Erinnerungen eines Vaters; Über/Leben im Krieg; Kinder, das sind eure Rechte. Film: Die Geträumten

45 SOS MITMENSCH

Gaskammernverleugung ist keine Bagatelle.

46 ANDERE ÜBER ...

Andrea Eraslan-Weninger und Willi Resetarits über die Forderung nach Ein-Euro-Jobs.



EINE STADT IST (NUR) GROSS, WENN SIE AUCH FÜR KLEINE DA IST.



Wien wächst nicht nur. Wien wächst auch verantwortungsvoll. Das bedeutet: Ressourcen auf smarte Art und Weise schonen. Und Wien kümmert sich um sozial Schwächere. Niemand soll im Regen stehen gelassen werden. So hilft die Schuldnerberatung bei finanziellen Problemen – www.schuldnerberatung.wien.at – oder die Servicestelle der Abteilung Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht, die Information, Beratung und Hilfestellung zu allen Angeboten bietet: www.soziales.wien.at. Auch Mieterinnen und Mieter kann die Wiener Mieterhilfe bei der Durchsetzung Ihrer Rechte unterstützen: www.mieterhilfe.at. Alles kluge Lösungen, denn nur wenn alle Wienerinnen und Wiener etwas von der Wiener Lebensqualität haben, werden wir auch in Zukunft alle gemeinsam eine friedliche und wunderschöne Stadt genießen können. *Smart, oder?*

DIE VOR(AUS)DENKENDE STADT.



SMART CITY WIEN

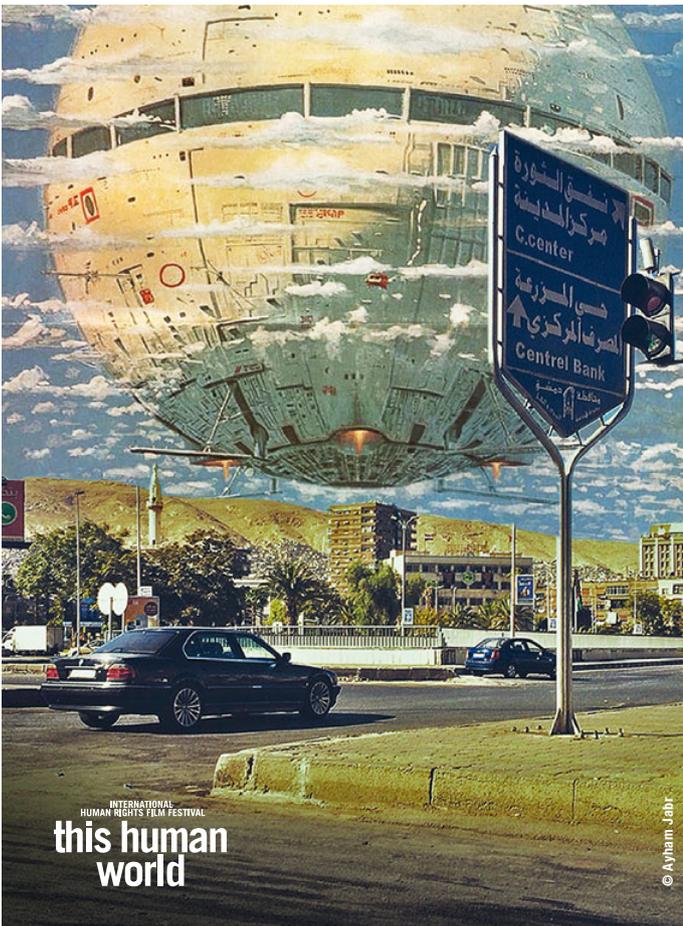
StadT  Wien



Brillen.manufaktur[®]

1070 Wien, Neubaugasse 18
Mo-Fr 10.00–18.30 Uhr, Sa 10.00–17.00 Uhr
www.brillenmanufaktur.at

SCHARF.NET



INTERNATIONAL
HUMAN RIGHTS FILM FESTIVAL
**this human
world**

© Aylham Jabr

INTERNATIONAL
HUMAN RIGHTS FILM FESTIVAL
**this human
world** 2016
DECEMBER
1st to 11th

**SCHIKANEDER
TOP KINO
FILMCASINO
GARTENBAUKINO
BRUNNENPASSAGE
STAND 129**

thishumanworld.com

HANDLUNGSBEDARF

Kein Integrationsminister

Fünf Gründe, warum Sebastian Kurz den Titel „Integrationsminister“ nicht verdient.

Kommentar: Alexander Pollak



Illustration: Petja Dimitrova

Als Sebastian Kurz im Juni 2011 in die Regierung gerufen wurde, erntete er viel Kritik und auch Spott. Er sei zu jung, er verfüge über keinerlei Erfahrung, er sei noch keine gestandene Persönlichkeit, hieß es. Sehr rasch zeigte sich jedoch, dass Kurz den Ehrgeiz und das Vermögen hatte, viele seiner gestandenen PolitikerkollegInnen an die Wand zu spielen. Er beeindruckte mit kühler Strategie, wirkungsvoller Rhetorik und viel Fleiß in der Entwicklung und Vermarktung von Projekten.

Die strategische Linie von Kurz bestand von Anfang an darin, Vorhaben voranzutreiben, bei denen er mit der Zustimmung einer breiten Mehrheit der Wahlberechtigten in Österreich rechnen konnte. Er setzte prominente Persönlichkeiten als „Integrationsbotschafter“ an Schulen ein. Er forderte schärfere Strafen für Schulpflichtverletzungen. Er setzte Erleichterungen bei der Einbürgerung für „Supermigranten“ um. Und er verknüpfte Integration mit dem Begriff „Leistung“.

Inzwischen ist Kurz seit fünfeinhalb Jahren Mitglied der Bundesregierung, drei Jahre davon als Minister. Doch ist Sebastian Kurz tatsächlich ein Integrationsminister? Erhebliche Zweifel sind angebracht.

Mindestsicherungskürzung: Im Jahr 2010 legten Bundesregierung und Länder gemeinsam einen Mindestbetrag fest, der für mittellose Personen ohne ausreichend bezahlten Job ein menschenwürdiges Leben

in Österreich ermöglichen sollte. Sebastian Kurz setzt sich dafür ein, diesen Mindestbetrag für kinderreiche Familien und für Menschen mit Fluchtgeschichte radikal zu kürzen. Dass das fatale Auswirkungen auf die Lebensbedingungen und Perspektiven der Betroffenen hat, nimmt er in Kauf.

Bildungs-Frühelektion: Das Selektieren von Kindern im Alter von 10 Jahren macht Bildungschancen zunichte. Auch innerhalb der ÖVP gibt es inzwischen Stimmen, die dem kritisch gegenüber stehen. Sebastian Kurz gehört jedoch nicht dazu. Er setzt weiterhin auf Selektion statt Integration. Dabei zeigen Studien, dass ein Selektionsschulsystem Kinder, deren Eltern ein geringes Einkommen und keinen akademischen Hintergrund haben, eklatant benachteiligt.

Integration nicht von Anfang an: Lange hat sich Kurz mit Händen und Füßen dagegen gewehrt, Integrationsprogramme und Sprachkurse auch für Asylsuchende und nicht nur für Asylberechtigte anzubieten. Einige Bundesländer haben, entgegen der Linie des Ministers, von sich aus angefangen, Angebote für Asylsuchende zu entwickeln. An einem flächendeckenden Integrationsprogramm für Neuankommende von Anfang an fehlt es jedoch nach wie vor. Kurz hat sich auch gegen die Ausbildungspflicht von jungen Asylsuchenden gestellt.

Einbürgerungsblockade: Österreich zählt zu den europäischen Ländern mit der niedrigsten Einbürgerungsrate. Grund da-

für sind extrem restriktive Einbürgerungsbestimmungen. Wer etwa zu wenig verdient, hat keine Chance auf Einbürgerung. Das betrifft auch Personen, die bereits 15, 25 oder 50 Jahre im Land leben oder hier geboren wurden. Die Folge ist, dass immer mehr Menschen in Österreich von demokratischen Rechten und auch von Zugehörigkeit ausgeschlossen sind.

Diskreditierung von Willkommenskultur: Vor zwei Jahren setzte sich Kurz noch für ein Mehr an Willkommenskultur ein. In dem Moment, als der Begriff von rechts kritisiert wurde, ließ Kurz ihn nicht nur wie eine heiße Kartoffel fallen, er fing auch an, ihn zu diskreditieren. Dabei ist eine Willkommenskultur, die Menschen offen, hilfsbereit und respektvoll begegnet und die Solidarität, Menschlichkeit und Gleichberechtigung vorlebt, die vielleicht stärkste integrative Kraft, die unsere Gesellschaft leisten kann.

Sebastian Kurz ist ein hochtalentierter Rhetoriker, der überzeugend aufzutreten vermag. Seine Integrationspolitik beschränkt sich jedoch auf Bereiche, die als populär gelten. In anderen Bereichen lässt Kurz Engagement vermissen oder macht sogar beinharte Chancenminimierungs- und Segregationspolitik.

Kurz ist der Minister, der für die Integrationsangelegenheiten zuständig ist, Integrationsminister ist er jedoch bisher nicht. Diesem Auftrag sollte er nachkommen.

MÜSSEN VON DIESER NEIDDEBATTE WEG

„Ein-Euro-Jobs“, Kürzung der Mindestsicherung und andere Symbolpolitik statt Inhalte. Die Politik hat ein Glaubwürdigkeitsproblem, sagt Othmar Karas. Der ÖVP-Europapolitiker über Sozialneid, direkte Demokratie und den Sinn für die richtige Wortwahl.

Interview: Kathrin Wimmer

Vor kurzem hat das österreichische Innenministerium einen „Leistungskatalog“ mit 32 gemeinnützigen Hilfstätigkeiten für AsylwerberInnen veröffentlicht. Aufgelistet sind Tätigkeiten wie Schneeräumung, Pflege von Parkanlagen oder Altenbetreuung. Der Stundenlohn ist noch nicht festgelegt und bewegt sich zwischen 2,50 und 5 Euro. Außenminister Kurz hat im Sommer verpflichtende „Ein-Euro-Jobs“ für arbeitslose Asylberechtigte gefordert. Was halten Sie von diesen Vorschlägen?

Ich verstehe die Diskussion darüber, dass jemand, der in Österreich oder in der Europäischen Union Asyl erhält, auch ein sichtbares Zeichen des Willens zur Integration durch eine Tätigkeit für das Gemeinwohl leisten soll. Eine gemeinnützige Tätigkeit darf aber nicht Ersatz für eine Arbeitstätigkeit sein. Arbeit für das Gemeinwohl darf kein Niedriglohnjob werden, damit keine Ungleichheiten am Arbeitsmarkt entstehen. Deshalb bin ich froh, wenn man die Tätigkeiten klar beschreibt. Die Höhe ist noch nicht geklärt, denn es handelt sich um keinen Arbeitsplatz. Ein Zivildienstler kriegt

1,61 Euro und neben der Mindestsicherung darf man laut Gesetzgeber derzeit ungefähr 200 Euro dazuverdienen. Das heißt, wir haben eine Obergrenze und es geht um quasi-ehrenamtliche Tätigkeiten. Ich bin dafür, dass sich Flüchtlinge an Gemeinwohltätigkeiten beteiligen, solange es sich nicht um eine Zwangstätigkeit handelt. Ich würde mir auch wünschen, dass diese Fragen nicht von Bundesland zu Bundesland oder von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat unterschiedlich entschieden werden, sondern wir zu gemeinsamen Grundprinzipien kommen. Solange es keine gemeinsamen Regeln gibt, wird es auch schwer sein, den europäischen Verteilungsschlüssel umzusetzen.

In Oberösterreich wurde im Sommer die Mindestsicherung von Asylberechtigten von 914 Euro auf 520 Euro gekürzt. Wie stehen Sie zu Kürzungen in diesem Bereich?

Egal ob Mindestsicherung oder Verteilungsschlüssel, ich wünsche mir gemeinsame europäische Grundprinzipien im Umgang mit Flüchtlingen und eine ge-

Foto: Suzy Stoeckl



„Ich finde sie unverantwortlich, weil sie die Gemeinschaft schwächen und Feindbilder schaffen.“ Othmar Karas über Referenden zur Flüchtlingsquote in Ungarn und den Brexit in Großbritannien.

meinsame Migrationspolitik in der EU. Die Präsidenten der Hilfsorganisationen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrt haben vor kurzem einen gemeinsamen Brief an die Bundesregierung verfasst, den ich als Präsident des „Hilfswerk Österreich“ unterzeichnet habe. Wir treten dafür ein, dass die Kernelemente der bestehenden 15a Vereinbarung zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung unverändert bleiben. Jedem Menschen ist ein Mindestmaß an würdevoller Existenz zuzusichern. Menschen ohne Arbeit und Anspruch auf sozialversicherungsrechtliche Leistungen sollen krankenversichert sein. Es soll mit der Mindestsicherung dafür Sorge getragen werden, dass es zu keiner Verarmung kommt und die Wege zur Erwerbstätigkeit deutlich verbessert werden. Wir wollen als Gesellschaft dazu beitragen, dass niemand betteln muss und die Grundbedürfnisse des Lebens abgedeckt sind. Das

**WIR WOLLEN ALS
GESELLSCHAFT DAZU
BEITRAGEN, DASS NIE-
MAND BETTELN MUSS.**

heißt, Familien sollen nicht ihre Wohnung verlieren, weil sie nicht mehr leistbar ist. So lauten die Grundlagen der 15a Vereinbarung aus dem Jahr 2015, daran hat sich nichts verändert. Eine Rückkehr in die alte Logik von neun völlig verschiedenen Regelungen lehne ich ab. Das wäre ein großer sozialer Rückschritt. Ich spreche mich ganz klar für eine bundeseinheitliche Regelung aus und ich bin dafür, dass man sich um gemeinsame Grundprinzipien innerhalb der EU bemüht. Dass die 15a Vereinbarung mit Ende des Jahres auslaufen soll, macht mir große Sorgen. Wir müssen von dieser „Neiddebatte“ weg und hin zu einer sachlichen Diskussion kommen, die auf einem gemeinsamen Recht, auf gemeinsamen Werten und gemeinsamen Grundsätzen wie Fakten beruht.

Als Sie 2013 die Flüchtlinge in der Votivkirche besuchten, forderten Sie „europaweite, einheitliche Standards bei der Unterbringung und Grundversorgung“. Was hat sich seither verändert?

Wir haben in Europa leider zu wenig Gemeinschaftskompetenz und es gibt mehr Vorschläge als letztlich beschlossen wurde

und mehr Beschlüsse, als umgesetzt wurden: wie zum Beispiel die Überarbeitung der Dublin-Regelung, einheitliche EU-Asylverfahren, Außengrenzschutz, Hilfe vor Ort, sowie auch der Verteilungsschlüssel. Wir sind zwar viel weiter als vor dem Jahr 2014, aber immer noch nicht weit genug. Ein „Zaun“ löst kein Problem, sondern bleibt Symbol für Sicherheit und Schutz. Nur die Lösung vor Ort und die Integration bei uns kann diese Herausforderung gerecht und menschlich bewältigen. Wir müssen innerhalb der EU mehr Gemeinsamkeiten entwickeln und in der Wortwahl bedächtig sein. Darum bin ich auch bei „Ein-Euro-Jobs“, „Kürzung“ oder „Zaun“ immer so vorsichtig. Die Wortwahl trägt nicht immer zur Lösung bei, sondern kann auch eine „Neiddebatte“ und das „Gegeneinanderausspielen“ verstärken. Das ist nicht mein politischer Anspruch. Wir müssen bereit sein, differenzierter zu argumentieren, uns grundsätzlicher der Thematik zu stellen, und dürfen nicht auf die tagespolitische Schlagzeile schießen.

Nach dem „Flüchtlings-Referendum“ in Ungarn, dem „Brexit“ in Großbritannien oder etwa auch der CETA-SPÖ-Parteimitgliederbefragung in Österreich: Welchen Einfluss können Ihrer Ansicht nach solche Volksbefragungen auf die Politik in der EU haben?

Diese Referenden wurden mit der nationalen Karte oder der Schuldzuweisung auf den Nachbarn begründet und schüren die Anti-EU-Stimmung. Sie stärken den Nationalismus und nicht die europäische Solidarität. Ich finde sie unverantwortlich, weil sie die Gemeinschaft schwächen und Feindbilder schaffen. Wir können nur dann Probleme lösen, wenn wir Verständnis füreinander entwickeln.

Was schlagen Sie vor, was sollte man dagegen tun?

Politik anders machen. An Lösungen arbeiten. Ich bin gegen das Referendum in Ungarn aufgetreten und andere haben behauptet, das sei direkte Demokratie. Es ist nicht demokratisch, wenn Viktor Orbán an einem Beschluss, dem Verteilungsschlüssel, teilnimmt, wo er zu den 4 von 28 ge-



Karas traf im Winter 2012/13 die Flüchtlinge in der Wiener Votivkirche. Das Foto ist aus dem Dokumentarfilm „Last Shelter“ (2015), den Regisseur Igor Hauzenberger über das Refugee Protest Camp in der Votivkirche gedreht hat.

hört, die dagegen stimmen und dann ein Referendum macht, das ihm das Recht geben soll, den Beschluss nicht umsetzen zu müssen.

In der Politik ist es wichtig, durch das eigene Handeln glaubwürdig zu sein, sonst verliert man an Vertrauen. Im Moment haben wir eine Glaubwürdigkeitskrise, weil zu vielen Politikern die Schlagzeilen von morgen wichtiger sind als eine nachhaltige Problemlösung. Das ist die Herausforderung für die europäische Demokratie.

WIR WÄHLEN NICHT HOFER ODER VAN DER BELLEN, SONDERN EIN AMTSVERSTÄNDNIS.

Diese Vertrauenskrise hat auch mit einer populistischen Politik zu tun, die durch Verunsicherung statt Problemlösung Stimmen sammelt. Man könnte das auch als Symbolpolitik bezeichnen, was verstehen Sie unter dem Begriff?

Symbole allein lösen noch kein Problem. Symbole sind wichtig, aber sie sind kein Ersatz für notwendiges Handeln. Die Fakten, das Recht, die Werte und die Menschen müssen Grundlage des Handelns sein. Welche Lösungen ich anbiete, welche Maßnahmen ich setze, ist immer auch eine Frage des eigenen Gewissens. Ich würde nie das Gewissen gegen die Sache ausspielen. Wenn ich jeden Tag eine andere Wirklichkeit vorgaukle und immer nur weiß, wer schuld ist, anstatt zu wissen in welcher Form ich mitverantwortlich bin, habe ich längerfristig ein Problem.

Sie haben im Zusammenhang mit den EU-Türkei-Beitrittsverhandlungen von

„verbaler Abrüstung“ gesprochen. Was haben Sie damit gemeint?

Ich habe damals gesagt, man soll nicht eine Provokation mit einer anderen beantworten. Die aktuellen Vorgänge in der Türkei schockieren mich zutiefst und können von allen Demokraten nur verurteilt werden. Der Angriff auf Demokratie, Freiheit und Menschenwürde ist auch ein klares Signal der Türkei, dass sie keine weiteren Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union will.

Die Europäische Union muss Konsequenzen ziehen und darf nicht zur Tagesordnung übergehen. Die Türkei bewegt sich ständig von der Europäischen Union weg und überschreitet rote Linien. Wenn jemand mit der Todesstrafe zündelt, dann bricht er selbst die Gespräche für einen EU-Beitritt ab. Dennoch bleibt die Türkei unser Nachbar. Und weil die Türkei Nachbar ist, weil wir eine gemeinsame Grenze und gemeinsame Interessen haben, müssen wir im Gespräch bleiben. Die Flüchtlings- und Migrationsströme zeigen, dass wir durch jeden Krisenherd, nah oder fern, mitbetroffen sind. Wir sollten daher nicht sagen, wir reden nicht mehr miteinander und suggerieren damit der Bevölkerung, dass die Probleme gelöst sind. Das ist einfach nicht ehrlich und auch nicht richtig. Nicht miteinander zu reden, löst kein Problem.

Und es wird „weitergezündelt“...

Die Frage ist: Wie gehen Politiker in Zeiten, wo alles komplexer wird und die Angst vor dem Tempo der Veränderung steigt, mit dem Ohnmachtsgefühl der Menschen um? Dieser Gedanke schwingt bei jeder Entscheidung mit. Auch bei der Bundespräsidentenwahl wählen wir nicht Hofer oder Van der Bellen, sondern wir wählen ein Amtsverständnis für den Bundespräsidenten der Republik Österreich. Dieser trägt als Staatsoberhaupt maßgeblich zur Rolle nach innen wie nach außen bei. Das ist der Grund, warum ich für Alexander Van der Bellen eintrete. Nicht weil ich immer seiner Meinung bin, sondern weil er zur Mitverantwortung Österreichs in Europa steht und ich gegen jeden auftrete, der mit der nationalen Karte gegen die europäische Solidarität argumentiert.

SIE SCHAFFEN ES

Flüchtlinge ein Jahr nach der großen Ankunft. Wer kümmert sich um sie? Was ist aus den zahlreichen HelferInnen geworden? Ein Besuch bei drei Integrationsprojekten.

Reportage und Fotos: Milena Österreicher

Wenn Nathalie Winger mit ihrem Hund Lewis in die Traiskirchner Akademiestraße einbiegt, spitzt dieser schon freudig die Ohren. Es ist Freitag, der Tag, an dem die beiden allwöchentlich zum „Garten der Begegnung“ fahren. Seit Frühjahr wird dort gemeinschaftlich ein Feld bewirtschaftet, es werden Bio-Früchte angebaut. „Ein Beispiel für gelebte Integration“ heißt es auf der Website, denn beim gemeinsamen Garteln machen TraiskirchnerInnen und AsylwerberInnen aus der wenige Gehminuten entfernten Erstaufnahmestelle (EAST) ebenso mit, wie Flüchtlinge aus nahegelegenen Unterkünften der Nachbarorte. Die Ernte wird am Feld verkauft, ein Teil an den Traiskirchner Sozialmarkt gespendet und der Rest gemeinsam verkocht und verspeist.

Gekommen, um zu bleiben

Über ein Jahr ist vergangen, seitdem eine große Anzahl an flüchtenden Menschen in Österreich ankam. Knapp 90.000 Schutzsuchende stellten 2015 einen Asylantrag. Etwa dreimal so viel wie im Vorjahr. Im EAST Traiskirchen, einem der drei Erstaufnahmezentren Österreichs, waren es im Juli 2015 an die 4.000 Menschen. Rund ein Drittel der AsylwerberInnen musste tagelang im Freien schlafen, da das Gebäude restlos überfüllt war.

In besagtem Sommer erfasste Österreich eine Welle der Hilfsbereitschaft. Menschen fuhren zu Bahnhöfen und versorgten die Ankommenden, Hilfsprojekte sprossen aus



„Es wird so getan, als gebe es die Hilfsbereitschaft der ÖsterreicherInnen nicht mehr. Aber das stimmt nicht“, sagt Nathalie Winger.

dem Boden. Mittlerweile ist es um die HelferInnen wieder ruhig geworden. Doch wie die AsylwerberInnen sind auch sie hier – immer noch. So wie Nathalie Winger, die

GARTEN DER BEGEGNUNG: EIN BEISPIEL FÜR GELEBTE INTEGRATION

sich seit Beginn der sogenannten Flüchtlingskrise engagiert. Sie ärgert, dass das Flüchtlingsthema medial so negativ aufgeladen ist. „Es wird so getan, als gebe es die Hilfsbereitschaft der ÖsterreicherInnen nicht mehr. Aber das stimmt nicht“, sagt sie.

„Es gibt definitiv mehr positive Beispiele, als immer vermittelt wird.“

Obaidullah und seine Hemden

Zum „Garten der Begegnung“ gehört auch eine Textilwerkstatt ein paar Häuserblocks weiter. Dort sitzt an einer der Nähmaschinen Obaidullah Sherzai. Der 18-jährige Afghane ist hier der kleine Star. Wenn man nach der Textilwerkstatt fragt, kommen sofort alle auf „Obaidullah und seine Hemden“ zu sprechen. Auf einer eigenen Website bietet er mittlerweile acht Modelle an. In der Textilwerkstatt fing er an, als er vor zehn Monaten in die EAST Traiskirchen kam. Mittlerweile wohnt er in einer Unter-



Eine Schneiderei in der Wiener Innenstadt ist bereits auf Obaidullah Sherzai aufmerksam geworden. Doch er ist im Asylverfahren und darf noch nicht arbeiten.

kunft in Wien, trotzdem kommt er jede Woche zum Nähen nach Traiskirchen.

Dort wartet Gertrude Zöschner auf ihn. Zöschner ist gelernte Schneiderin und hilft Obaidullah. Nicht nur beim Nähen, sondern auch bei Behördenwegen oder beim Deutschlernen. „Es bleibt nicht nur bei den paar Stunden Nähen. Man baut natürlich auch eine persönliche Beziehung auf und möchte helfen“, sagt die Steirerin. Alle zwei Wochen fährt sie aus Bruck an der Mur nach Traiskirchen und betreut abwechselnd mit Kolleginnen die Textilwerkstatt. Oft kommen AsylwerberInnen aus der EAST vorbei, um Kleidungsstücke kleiner nähen zu lassen. Die meisten der gespendeten Kleidungsstücke sind zu groß für die Neuankommlinge.

Eine Schneiderei in der Wiener Innenstadt sei schon auf Obaidullah aufmerksam geworden. Doch er ist noch im Asylverfahren und darf somit nicht arbeiten. „Ich bin sehr froh über die Ablenkung in der Textilwerkstatt“, sagt Obaidullah. Denn mit seinen 18 Jahren fällt er zudem aus dem schulpflichtigen Alter heraus.

Endlich Schule

Für junge Flüchtlinge, die das schulpflichtige Alter überschritten haben, gibt es seit August das Jugendcollege „StartWien“. An zwei Standorten belegen 1.230 Jugendliche im Alter von 15 bis 21 Jahren Basis-Bildungsmodul wie Mathematik oder Englisch. Auch Spezialfächer wie Gesundheit, Soziales oder Werkstätte werden vermittelt. Die VHS Wien führt es als eine von neun

ProjektpartnerInnen. Die Stadt Wien, das AMS und der Europäische Sozialfonds finanzieren es. Sowohl anerkannte Flüchtlinge, als auch Menschen im Asylverfahren,

OBaidullah HAT NÄHEN GELERNT. AUF SEINER WEBSITE BIETET ER NUN ACHT MODELLE AN.

die in der Grundversorgung sind, können am Jugendcollege teilnehmen.

„Wir erleben die Freude der Menschen, wenn sie nach so langer Ungewissheit und

Nichtstun das erste Mal wieder Tagesstrukturen haben“, sagt die Projektleiterin Maria Steindl. 20 Unterrichtsstunden pro Woche stehen auf dem Stundenplan. Wer in Deutsch noch nicht sattelfest ist, besucht einen entsprechenden Deutschkurs. So wie Alika, 16 Jahre, aus Afghanistan, der im A1-Deutschkurs sitzt. „Subjekt, Prädikat und Objekt erkennen“ steht heute am Stundenplan. „Ich mag die Schule“, sagt er. Später möchte er Pflegehelfer werden. Neben dem Unterricht, wird den Jugendcollege-BesucherInnen ein Berater oder eine Beraterin zur Seite gestellt, der/die bei der weiteren Orientierung hilft. Ziel ist es, die jungen Menschen nach etwa neun Monaten an weiterführende Schulen, Lehrstellen oder Unis zu vermitteln oder direkt in einem geeigneten Job unterzubringen.

Der Großteil der Lernenden kommt aus Afghanistan. Weitere Herkunftsländer sind Syrien, Somalia, Irak, Iran, Rumänien und Kongo. Nationalismus, soziale Kontrolle, Religiosität – all das spielt auch im Jugendcollege eine Rolle. Seit Beginn des Colleges hat man einen Schüler ausgeschlossen, weil er gewalttätig wurde. Bei über tausend Schülern und Schülerinnen ein guter Schnitt, meint Maria Steindl. „Es braucht klare Regeln“, sagt die Projektleiterin. Außerdem versteht sie das Jugendcollege als religionsfreien Raum. Gebetsräume gibt es im Gebäude keine. In den Gängen des Hauses in der Spitalgasse 5-9 trifft man wenige

Gertrude Zöschner ist gelernte Schneiderin. Alle zwei Wochen fährt sie aus Bruck an der Mur nach Traiskirchen und betreut abwechselnd mit Kolleginnen die Textilwerkstatt.





Karima Aziz (li.), die Leiterin des *peppa in Ottakring, und Aya, eine der Jugendlichen, die hier betreut werden.

Mädchen an. Mehr als zwei Drittel der College-TeilnehmerInnen sind männlich. Wenn Frauen in einer Klasse sind, dann mindestens zu dritt, so die interne Regelung.

Mädchencafé in Ottakring

Einen geschützten Raum ganz für sich finden junge Frauen hingegen im *peppa in Ottakring. Seit sechs Jahren gibt es das interkulturelle Mädchencafé und die Beratungsstelle der Caritas im 16. Bezirk, einem der Bezirke mit dem höchsten MigrantInnenanteil in der Bundeshauptstadt. „Auch wir merken den Anstieg an geflohenen Menschen vom letzten Jahr“, sagt Karima Aziz, *peppa-Leiterin. Davor kamen jeden Tag etwa 25 Mädchen ins Mädchencafé, mittlerweile sind es täglich 40 bis 50. „Es werden immer mehr Mädchen aus dem Irak und Syrien“, ergänzt Aziz.

Mädchen zwischen 10 und 20 Jahren, einheimische wie zugezogene – mit oder ohne Fluchtgeschichte – sind im Zentrum willkommen. Im *peppa können sie gemeinsam spielen, lernen, lesen, Workshops besuchen oder in der Beratung persönliche

Probleme mit Sozialarbeiterinnen oder Ärztinnen besprechen. Die meisten Besucherinnen kommen aus der Türkei, gefolgt von Afghanistan und Serbien, auch Österreicherinnen sind dabei. „Aus ganz Wien kommen geflüchtete Mädchen ins *peppa“, erzählt Aziz, denn ansonsten gebe es für Frauen nicht sehr viele Angebote, die ihnen einen geschützten Raum bieten.

***PEPPA IST MEINE ZWEITE FAMILIE. AYA**

Mit Bussi links, rechts und einer Uarmung begrüßen sich Karima, Aziz und Aya am Eingang des *peppa. Aya ist 15 Jahre alt. Seit zwei Jahren lebt die Syrerin in Österreich. Eines Tages schnappte sich ihre Lehrerin die Klasse und besuchte mit ihnen das *peppa. Aya gefiel es, sie blieb. „Ich komme, so oft ich Zeit habe“, sagt sie. „Also jeden Tag außer Montag.“ Die Beraterinnen helfen ihr, wenn sie Formulare oder Briefe nicht versteht, wenn sie einen Arzttermin

braucht oder Fragen zur Hausübung hat. „Sie sind alle so nett hier“, schwärmt Aya, „*peppa ist meine zweite Familie.“ Manchmal vermitteln die *peppa-Mitarbeiterinnen auch zwischen Schulen und Eltern. Einmal wollte ein Vater seine Tochter nicht an den berufspraktischen Tagen teilnehmen lassen. „Er wusste einfach nicht, was das ist und wozu das gut sein soll“, berichtet Karima Aziz. Die Beraterinnen konnten ihn überzeugen: Das Mädchen schnupperte in den Berufsalltag und hat nun einen festen Berufswunsch: Apothekerin.

Ob Freiwilligen-Initiativen wie der „Garten der Begegnung“ in Traiskirchen, NGO-Projekte wie das *peppa in Ottakring oder das Wiener Jugendcollege auf Stadt-Ebene – es ist einiges in Bewegung gekommen seit dem Sommer 2015. Und sie sind weiterhin hier: die neuen Mitmenschen aus verschiedenen Ländern sowie die HelferInnen, die versuchen, ihnen das Leben in Österreich zu erleichtern. Es tut sich viel, bemerkt und unbemerkt, meist abseits schriller Medien-Meldungen.

NOTSTAND HERRSCHT ANDERSWO

Margaretha Maleh, seit 2015 Präsidentin von „Ärzte ohne Grenzen Österreich“, übt scharfe Kritik an Österreichs Flüchtlingspolitik. Und sie spricht von der zunehmenden Missachtung von Menschenrechten und Völkerrecht in kriegerischen Auseinandersetzungen.

Interview und Fotos: Eva Maria Bachinger

Ärzte ohne Grenzen hat die Entscheidung getroffen, keine EU-Gelder mehr zu annehmen. Warum?

Es musste klar aufgezeigt werden, was der Deal der Europäischen Union mit der Türkei wirklich bedeutet. Es geht ja nicht nur darum, dass die Türkei bis 2017 von der EU drei Milliarden Euro zur Unterstützung für die Versorgung der Flüchtlinge bekommt. Wir gönnen der Türkei die Milliarden, sie brauchen sie auch, denn die Türkei beherbergt drei Millionen Flüchtlinge. Es geht darum, dass damit eine politische Instrumentalisierung verbunden ist. Der Deal ist, dass die Türkei die Grenzen dicht macht und dafür Flüchtlinge aus Griechenland zurück nimmt. Das ist Menschenhandel. Wenn wir das Geld weiterhin nehmen, sind wir Mitspieler und nehmen in Kauf, dass die Grenzen zu sind und Menschen in Syrien eingeschlossen werden und sterben. Flüchtlinge sollen um jeden Preis von Europa ferngehalten werden, obwohl sie ein Recht haben, außer Landes

zu kommen. Das widerspricht der Genfer Konvention. Das war für uns eine Grundsatzentscheidung, nicht zum Trotz oder aus Widerstand. Dieser Deal widerspricht auch unseren Grundprinzipien der Neutralität, Unabhängigkeit und Unparteilichkeit. Humanitäre Hilfe hat den besonderen Auftrag, bedarfsorientiert zu helfen und ist nicht politisch motiviert.

DAS IST MENSCHENHANDEL. MALEH ÜBER DEN DEAL MIT DER TÜRKIE.

Besteht die Gefahr, dass deswegen Projekte nicht mehr finanziert werden können?

Es wird kein einziges Projekt gekürzt oder geschlossen. Wir haben ausreichend finanzielle Ressourcen, um so etwas durchtragen zu können.

Man könnte argumentieren, dass die Flüchtlinge aus Griechenland auch in der

Türkei um Asyl ansuchen könnten.

Wenn Menschen schon in Griechenland sind, warum müssen sie zurück in die Türkei? Die Türkei ist kein EU-Land, da gilt das Dublin-Abkommen nicht. Zudem ist die Türkei auch nicht unbedingt ein sicheres Land.

In Österreich geistern die Wörter „Obergrenze“ sowie „Notverordnung“ durch die politischen Debatten. Sehen Sie die Konvention hier auch verletzt?

Ja, auf alle Fälle, weil das Menschenrecht einen Asylantrag stellen zu dürfen, verletzt wird. Österreich hat die Pflicht, Menschen zu helfen, die kommen. Sie sind in Not, sonst würden sie ihre Heimat nicht verlassen, auch wenn es sogenannte wirtschaftliche Gründe sind. Das ist die Realität. Wenn man weiß, wie prekär derzeit die Situation in den Flüchtlingslagern im Sudan, in Tansania, in Äthiopien, in Kenia ist, dann ist es verständlich, dass sich die Menschen auf den Weg machen. Wir sehen die überfüllten





Uns geht es nicht darum, für Flüchtlinge ein „Hotel Sacher“ hinzustellen. Es geht um absolute Mindeststandards.

Lager in Jordanien, im Irak, wir sind ja vor Ort. Es herrschen dort für uns unvorstellbare Bedingungen. Schlepper betreiben ihr schmutziges Geschäft, Missbrauch, Ausbeutung, Prostitution nehmen in diesem Kontext massiv zu. Die ärmeren Länder beherbergen Millionen von Flüchtlingen, obwohl sie selber nicht viel haben. Und wir reicheren Länder wollen Flüchtlinge nicht aufnehmen und ihnen nicht einmal das Recht einen Asylantrag zu stellen, Sicherheit und eine menschenwürdige Versorgung geben. Nach Obergrenzen zu rufen und den Notstand auszurufen, das ist unglaublich. Notstand herrscht woanders und nicht in Österreich.

Mit Ihnen gibt es erstmals eine Psychotherapeutin an der Spitze von Ärzten ohne Grenzen Österreich. Wie sehen Sie die psychosoziale Versorgung von Flüchtlingen?

Völlig unzureichend. Dabei wäre das so wesentlich und würde viele Langzeitfolgen vermeiden. Wenn man sich vorstellt,

dass ein Mensch alles, was ihm wichtig ist, verlässt, seine Freunde, seine Familie, sein Hab und Gut, und ins absolute Ungewisse aufbricht, das Land nicht kennt, die Sprache, die Kultur und noch dazu weiß, dass er dort nicht willkommen ist, ist es doch nachvollziehbar, dass das Angst und Stress verursacht. Wenn dann noch zusätzlich etwas passiert, wie, dass die Menschen im

MINIMALE TAGESSTRUKTUREN WÄREN SO WICHTIG.

Boot merken, dass es untergeht, sie in letzter Minute gerettet werden und andere ertrinken sehen oder wenn sie krank werden und keine Versorgung haben oder schlechte Nachrichten von Zuhause hören, kann das zum Zusammenbruch führen. Viele Flüchtlinge sind dadurch nicht mehr in der Lage, den Alltag zu bewältigen. Ich habe in Flüchtlingslagern oft be-

merkt, dass die Frauen nach einer gewissen Zeit so erschöpft sind, dass sie nicht mehr ihre Kinder versorgen können. Es stellt sich eine Lethargie ein, viele leiden an Depressionen, Angstzuständen, Panikattacken. Die Menschen haben auch keine Kraft mehr in stressigen Situationen angemessen zu reagieren; familiäre Konflikte nehmen zu. Der permanente Stress führt häufig zu Gewalt. Das ist ein Teufelskreis, deswegen ist psychosoziale Unterstützung so wichtig.

Wie sollte diese Hilfe gestaltet sein?

Gefragt ist emotionale und soziale Unterstützung. Das können individuelle Gespräche sein, wo sich die Betroffenen ausreden und ausweinen können, aber auch Spielgruppen, Frauengruppen, Kindergärten zur Stützung der Gemeinschaft. Psychosoziale Unterstützung für Kinder und Jugendliche ist besonders wichtig, viele wurden verletzt oder haben Gewalt und Tod erlebt. Sie haben von ihrer Zukunft geträumt, wollten Lehrerin oder Arzt werden, und was bleibt ihnen jetzt? Das sind ja auch keine kurzfristigen, schnell vorübergehenden Situationen, da geht es um Jahre.

Sie haben kritisiert, dass in Lagern wie Traiskirchen Massenküchen die Flüchtlinge versorgen, anstatt den Menschen die Möglichkeit zu geben, selber zu kochen.

Ja, denn es ist so wichtig, dass es eine minimale Tagesstruktur gibt, die sie selbst mitgestalten. Strukturen geben Sicherheit und Stabilität. Solche Details würden auch bewirken, dass man einige Therapiestunden weniger benötigt. Sehr unmenschlich empfinde ich das Vorenthalten von Informationen, das ist ein Machtinstrument. Als tausende Flüchtlinge aus Slowenien an der österreichische Grenze warteten, habe ich junge Syrer gefragt, ob sie wissen, was nun auf sie zukommt. Sie wussten nur, dass sie in einer Reihe stehen und warten sollen. Vorne sind zwei Männer gestanden und haben die Namen aufgeschrieben. Warum kann man diesen Menschen nicht sagen, dass ihre Daten aufgenommen werden, dass sie dann ein Essen bekommen und dort drüben schlafen können? Wenn man keine Informationen hat, ist das ein Gefühl des Ausgeliefertseins, der Ohnmacht. Das verstärkt den Stress zusätzlich und fördert die Angst. Dann verwundert es, wenn sie

die Geduld verlieren, an den Zäunen rütteln und aggressiv werden.

Hat es Änderungen in Traiskirchen nach ihrem kritischen Bericht über die Lage dort gegeben?

Das Rote Kreuz wurde beauftragt, ein zusätzliches Feldspital aufzustellen. Wir haben den Bericht natürlich zuerst mit dem Innenministerium besprochen und auch gute Rückmeldungen erhalten. Als wir ihn dann veröffentlicht haben, hieß es, alles falsch. Es ging uns aber nur darum, Empfehlungen abzugeben; uns ging es nicht um einen politischen Kampf, und auch nicht darum, ein Hotel Sacher hinzustellen. Es geht um absolute Mindeststandards.

Noteinsätze werden für Helfer gefährlicher, weil Angriffe auf medizinische, humanitäre Einrichtungen in Kriegsgebieten in letzter Zeit stark zugenommen haben.

Ja, das hat es zwar immer schon gegeben, aber nicht in dem Ausmaß und mit dieser Rücksichtslosigkeit, wie wir das nun beobachten. Das internationale Völkerrecht, das den Schutz von Gesundheitseinrichtungen garantiert, scheint keine Gültigkeit mehr zu haben. Teilweise hängt die Zunahme damit zusammen, dass vermehrt radikalisierte Gruppen involviert sind. Sie fühlen sich an internationale Verträge nicht gebunden. Das trifft aber genauso auf staatliche Akteure zu, die gezielt Luftangriffe auf Krankenhäuser fliegen. Wenn wir einen Einsatz planen, sind von vornherein Verhandlungen mit den politischen Verantwortlichen vorgesehen. Wir betreiben medizinische Einrichtungen und verlangen das Zugeständnis, dass wir nicht angegriffen werden, wie es das Völkerrecht vorsieht.

Wo wird Ärzte ohne Grenzen besonders oft angegriffen?

In Afghanistan, im Jemen. In Syrien ist es derzeit besonders schwierig, fast täglich werden Gesundheitseinrichtungen bombardiert. Von staatlicher Seite wird betont, wir haben euch nicht eingeladen hier zu sein, also müssen wir euch auch nicht schützen. Das ist natürlich eine unverhohlene Ignoranz des internationalen Rechts.

Ein Vorwurf lautet immer wieder, dass auch Terroristen behandelt werden.

Wir behandeln Menschen, die verletzt wurden. Wir unterscheiden nicht, ob es ein Re-



Grenzverfahren: Die Leute wussten nur, dass sie in einer Reihe stehen und warten sollen.

bell ist oder ein Soldat oder eine Zivilistin. Jeder Mensch hat das Recht auf eine medizinische Behandlung, das ist ein verbrieftes Menschenrecht. Uns wird immer wieder auch unterstellt, dass wir Rebellen oder Terroristen Unterschlupf bieten würden. Doch das ist bei uns ein hundertprozentiges No-Go, es kommt auch niemand

IN SYRIEN WERDEN GEZIELT LUFTANGRIFFE AUF KRANKENHÄUSER GEFLOGEN.

mit Waffen in unsere Einrichtungen hinein. Diese Vorwürfe zeigen auf, dass es den Staaten vorrangig um nationale Interessen geht und nicht um das internationale Völkerrecht und Menschenrecht.

Wie reagieren Sie auf die Angriffe?

Wenn es gezielte Attacken auf unsere Spitäler sind, wie jener Angriff in Kunduz, fordern wir, dass die internationale humanitäre Ermittlungskommission (IHFFC) solche Vorfälle genauer untersucht. Das ist zwar kein Gericht, aber die Kommission trägt

die Fakten zusammen und ist unabhängig. In der ganzen Geschichte der Genfer Konvention wurde sie nie aktiviert, es wäre also das erste Mal. Doch Ärzte ohne Grenzen kann dieses internationale Gremium nicht direkt anrufen. Wir appellieren an alle Staaten, uns zu unterstützen, denn das darf nicht folgenlos bleiben. Wie sollen wir denn sonst unsere Arbeit machen können? Wir sind nicht selten die einzige medizinische Einrichtung in einer Region von 30.000 Menschen. Wenn unser Spital zerstört wird, haben diese 30.000 Menschen keine gesundheitliche Versorgung mehr.

Sie arbeiten schon viele Jahre für Ärzte ohne Grenzen. Was hat sie bisher am meisten beeindruckt?

Die Kraft der Menschen, auszuhalten, durchzuhalten, wieder aufzustehen und weiter zu gehen. Das ist erstaunlich und absolut bewundernswert. Es kommt auch sehr viel Dankbarkeit zurück, oft dann, wenn man sich denkt, ich habe ja gar nichts Großartiges getan. Aber für die Menschen in Not ist jede freundliche Geste bereits wesentlich und wichtig.

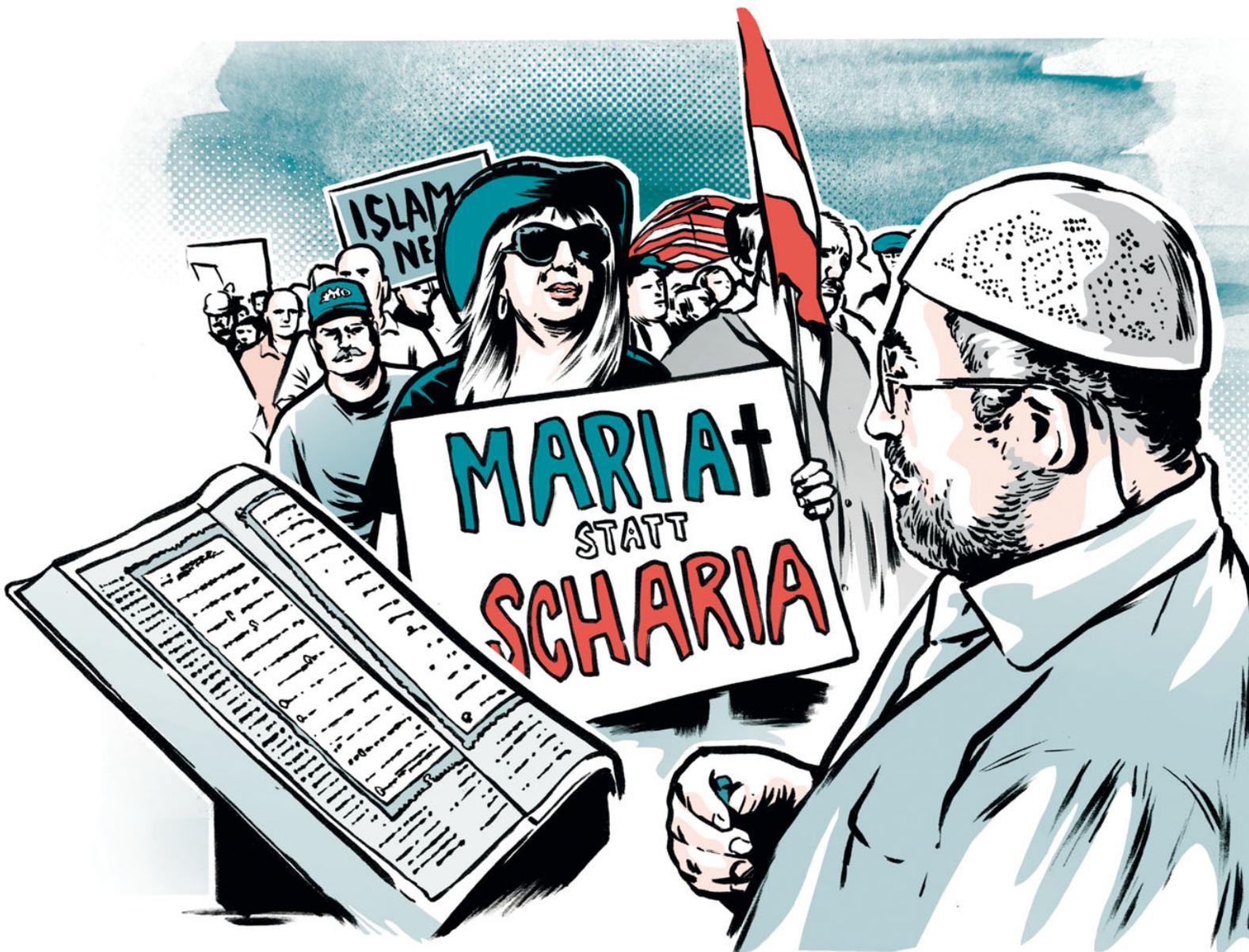
**„Wahlmüdigkeit gilt nicht,
ich bleibe wahlmunter!“**

Cornelius Obonya



Am 4. Dezember 2016
**WAHLMUNTER
BLEIBEN!**

DIE SCHARIA WAR SCHON IMMER FLEXIBEL



Rechtspopulisten machen die Scharia zum Kulturkampf-Thema, Medien verkürzen die Scharia auf spektakulär klingende Passagen. Doch, nicht jeglicher Bezug zur Scharia zeugt von einem radikalen Islamismus, so Karl Prenner.

Ist die Scharia ein göttliches Gebot und deshalb nicht verhandelbar? Wie wichtig ist sie für MuslimInnen? Was regelt die Scharia überhaupt? Warum wird mit der Scharia Politik betrieben? Sind Staat und Religion untrennbar? Neun Fragen zu einem Thema, das oft zitiert wird und niemand kennt. Antworten von Karl Prenner, Professor für Islamwissenschaft an der Universität Graz.

Illustration: P.M. Hoffmann

1. Zeugt jeglicher Bezug zur Scharia von radikalem Islamismus oder ist eine Differenzierung notwendig?

Eine Differenzierung ist notwendig, denn die Scharia, das göttliche Gesetz, ist ein Regelwerk, das den Anspruch hat, das gesamte Leben des Menschen, privat und öffentlich bis in die Politik hinein anhand der fünf Rechtskategorien zu erfassen: geboten, verboten, erlaubt, verpönt, erwünscht bzw. nach ihrer Rechtsgültigkeit: gültige ungültige Handlungen. Daher unterscheidet man zwei große Bereiche der Scharia:

- Die *Ritualpflichten*, d.h. die fünf Pflichtgebote gegenüber Gott, die fünf „Säulen“ des Islam: Glaubensbekenntnis, fünfmal tägliches Gebet, Ramadan-Fasten, Almosensteuer, Wallfahrt nach Mekka.
- Die *zwischenmenschlichen Beziehungen bzw. sozialen Pflichten*: dieser Bereich umfasst das Vertragsrecht und wird unterteilt in Unterkapitel: Eherecht, Kauf und Verkauf, Sklavenrecht, das Erbrecht und verwandte Bereiche; das Strafrecht (*hadd-/Grenz-Strafen*). Vorschriften über die Sühneleistungen, die vor allem bei Verstößen gegen die Ritualgesetze zu erbringen sind, sowie die Strafen, mit denen eine Missachtung der Regeln der zwischenmenschlichen Beziehungen zu ahnden ist. Der erste Teil ist vielfach um die Vorschriften zum Dschihad erweitert, weiters um die Speiseverbote, rein/unrein und Schlachtvorschriften und die Gelübde.

Der Islam, wie auch das Judentum, sind stärker Religionen des Tuns, da eine Orthopraxis und damit auch rechtliche Aspekte im Mittelpunkt stehen.

Die Scharia ist das Produkt der vier Rechtsschulen, die die koranische Ethik mit Hilfe der Sunna (Brauch, Gepflogenheit) des Pro-

pheten kasuistisch ausgearbeitet haben und wurde etwa im 11. Jh. abgeschlossen. Daher heute der Versuch, die Scharia nicht als Gesetz, sondern als Richtschnur ethisch bestimmten Handelns und als Kanon grundlegender Maximen und Werte zu deuten, um den modernen Verhältnissen Rechnung zu tragen und nun die veränderten Orts- und Zeitverhältnisse zu berücksichtigen. Grundsätzlich geht die Mehrheit der MuslimInnen davon aus, dass die Ritualpflichten zeitunabhängig sind, während die zwischenmenschlichen Beziehungen sehr wohl den Zeitbedingungen unterliegen. Da jedoch ein Teil der „zwischenmenschlichen Beziehungen“ auch im Koran normativ geregelt ist (z.B. Erbrecht, Eherecht, Strafrecht

MAN KANN DIE SCHARIA NICHT AUF DAS STRAFRECHT REDUZIEREN.

usw.), wird die Behauptung, die zwischenmenschlichen Beziehungen seien generell nach orts- und zeitgebundenen Verhältnissen, d.h. vernunftgemäß und flexibel zu regeln, immer wieder in Frage gestellt. Wenn Muslime sagen, dass wir die Scharia nicht aufgeben können, dann wird vor allem der erste Teil gemeint, die Verpflichtungen gegenüber Gott, also die fünf „Säulen“ des Islam.

2. Ist die Scharia ein Gesetz?

Insgesamt ist die Scharia kein Gesetzbuch, vielmehr handelt es sich aufgrund der vier Rechtsschulen um ein unterschiedliches Meinungsspektrum zu den einzelnen Fragestellungen, wodurch auch eine Meinungspluralität begründet wird. Au-

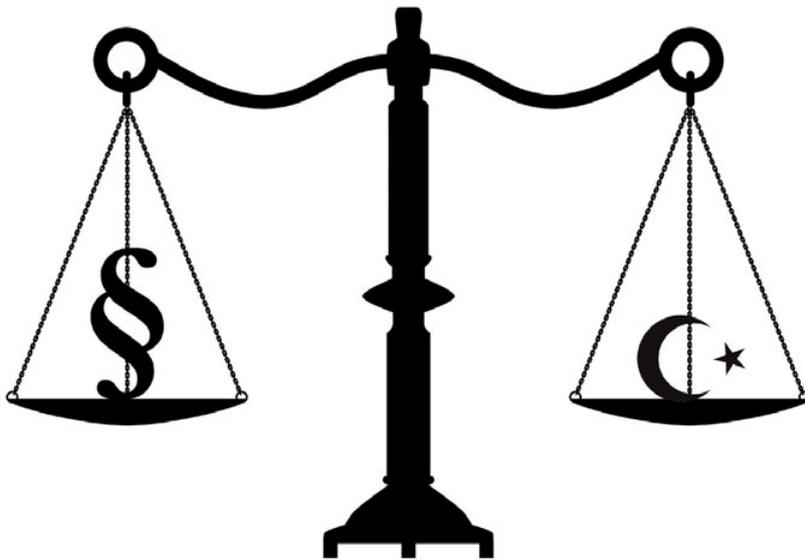
ßerdem gibt es im sunnitischen Islam keine verbindliche Instanz, die entscheiden könnte, ob etwas noch islamisch ist oder bereits unislamisch. Der konfliktreiche Diskurs etwa um eine islamische Kleiderordnung und andere Fragestellungen zeigt dies anschaulich. Die Beantwortung der ersten Frage müsste also dahin geltend lauten, dass nicht jeglicher Bezug zur Scharia von einem radikalen Islamismus zeugt, außer man reduziert die Scharia auf das islamische Strafrecht, was sehr oft in den Medien geschieht. Gerade der politische Islam (Islamismus) fordert auch die Einführung des islamischen Strafrechts.

3. Wie kann die Scharia im Vergleich zu anderen Religionen eingeordnet werden? Gibt es auch so etwas wie eine jüdische, eine christliche „Scharia“?

Auch das Judentum kennt eine „Scharia“, nämlich die Halacha, die genauso wie die Scharia eine Weganleitung darstellt. Im Christentum fehlt etwas Vergleichbares, hier steht eine Person, nämlich Jesus im Mittelpunkt, der von sich sagte: „Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben“.

Scharia und Halacha haben vieles gemeinsam, das hängt damit zusammen, dass sich Muhammad und seine Gemeinde in Medina nach der jüdischen Halacha ausrichteten (Speisegebote, Fasten, Gebetszeiten u.a.), später aber dann vom Judentum abgrenzten und das Übernommene neu deuteten und ausrichteten. So wurde etwa das gemeinsame Fasten mit den Juden durch die Einführung des Ramadan-Fastens abgelöst.

4. Inwieweit sind gewisse religiöse Regeln vereinbar/unvereinbar mit einem demokratischen Rechtsstaat?



Scharia bzw. islamisches Recht sind kein starres Regelwerk, sagt Karl Prenner. Mit der damit verbundenen Meinungspluralität können also demokratisch-rechtsstaatliche Elemente auch religiös begründet werden.

Dazu gibt es mehrere Positionen. Eine extreme Haltung finden wir heute bei vielen islamistischen und salafistischen Gruppierungen, die sämtliche demokratische Verhältnisse ablehnen, weil es nur einen Gesetzgeber gibt, und das ist Gott. Menschen können für Menschen keine Gesetze erlassen, daher lehnen sie Demokratie und Parlamentarismus als unislamisch ab. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass es nach islamischer Sicht keine Legislative gibt, da Gott als höchster Gesetzgeber die Normen, Werte und Gesetze des irdischen Lebens, also Gut und Böse, für alle Zeiten verbindlich festgelegt hat. Aufgabe der Menschen ist es, diese Normen zu interpretieren, um sie auf ihre konkreten Lebensumstände anwenden zu können. Das kann nach muslimischer Auffassung auch im Rahmen einer parlamentarischen Ordnung geschehen. D.h. Volkssouveränität kann es nach islamischer Lehre nur in einem beschränkten Sinn geben. Im Mittelpunkt steht das Prinzip der „Beratung“ (schura). Gegenseitige Beratung im Alltag und auch die Beratung des Herrschers. Schura wird heute als Grundlage einer spezifisch islamischen Demokratie angesehen. So kann die parlamentarische Mehrparteiendemokratie durchaus als eine zeitgemäße Form von schura gelten, allerdings muss sich diese im Rahmen des Islam bzw. der Scharia bewegen. Die Flexibilität der Scharia bzw. des islamischen Rechts und die damit zusammenhängende Meinungspluralität erlaubt es also durchaus Elemente einer demokratisch-rechtsstaatlichen Ordnung auch religiös zu begründen.

Intellektuelle und Reformer wiederum fordern heute eine zeitgerechte Koran- und Scharia-Interpretation als religiöse Ethik und nicht als Gesetz, sowie auch die Trennung von Staat und Religion. Nicht vereinbar mit einem demokratischen, in der Hauptsache säkularen Rechtsstaat, ist grundsätzlich die enge Verflechtung von Staat und Religion, wenn etwa der Islam als Staatsre-

DIE PROBLEMATIK VON SCHARIA- GERICHTEN GIBT ES.

ligion fungiert; weiters das islamische Strafrecht, die Polygamie, denn der Koran erlaubt bis zu vier Ehefrauen. Aber auch die Koppelung der Menschenrechte an die Scharia, der Umgang mit nicht-muslimischen Minderheiten und diverse kultur- bzw. stammesbezogene Praktiken in Bezug auf Frau und Mann.

5. Wie sieht es diesbezüglich konkret in Österreich aus?

Auch Österreich, wo der Islam als Religionsgemeinschaft offiziell anerkannt ist, hat eine islamistische und salafistische Szene. Man kann aber davon ausgehen, dass die Mehrheit der Muslime in Österreich Rechtsstaatlichkeit und Demokratie grundsätzlich nicht ablehnt. Das Problem für den gegenwärtigen Diskurs ergibt sich daraus, dass von den MigrantInnen grundsätzlich die Kultur der Herkunftsländer nicht mitgenommen werden kann. Mit dem Verlust

der homogenen Gesellschaften und deren kultureller und religiöser Praxis ist aber auch die traditionelle Identität in Frage gestellt. Dies führt dann dazu, dass hier in Österreich/Europa sehr stark ein Riten-Islam sichtbar wird, der fast ausschließlich in einer rein religiösen Praxis gefunden wird, die auch nach außen hin sichtlich präsent ist. Die Definition als Muslim oder Muslima ist eben nicht mehr selbstverständlich, sondern muss neu gefunden werden – und erfolgt fast ausschließlich über die Religion, nicht mehr über die Kultur, denn Kulturelles wird als religiös geboten ausgegeben, wie etwa die Ablehnung der Koedukation u.a. Hierbei fungiert dann der Islam insgesamt als Alternativmodell zur westlichen Kultur. Das führt wiederum zu Spannungen, einerseits innerhalb der muslimischen Gemeinschaften, andererseits aber auch zur Mehrheitsgesellschaft. Wenn auch der Islam in Österreich öffentlich anerkannt ist, so ist er doch sehr plural und vielfältig, vor allem auch durch die ethnische Ausrichtung. Das neue Islamgesetz soll eine Beeinflussung der Moscheengemeinden durch das Ausland unterbinden, in diesem Zusammenhang gibt es auch die Bemühungen, den Islam an österreichische oder europäische Verhältnisse anzupassen. Die zu errichtende Islamische Theologie und die bereits bestehenden religionspädagogischen Einrichtungen in Wien und Innsbruck sollen dazu beitragen. Der umfassende Anspruch der Scharia wird, sofern diese nicht als ethischer und moralischer Wertekodex betrachtet wird, sondern als Gesetz, aber immer wieder Schwierigkeiten bereiten, den Islam in rechtsstaatliche parlamentarische Strukturen des Westens zu integrieren.

6. Die Scharia kann jede/r für sich praktizieren, solange das innerhalb der gesetzlichen Regelungen eines Landes erfolgt. Wie ist das aber mit Scharia-Gerichten, wie es sie z.B. in England gibt? Wenn ein Ehepaar mit Problemen zu einem Scharia-Gelehrten geht und dieser der Frau zu mehr Gehorsam rät? Ist die Beratung eines Scharia-Gelehrten vergleichbar mit der bei einem Priester?

Diese Problematik von Scharia-Gerichten gibt es, denn hier werden demokratisch-rechtsstaatliche Systeme zunehmend ausgehebelt. Man kann die Tätigkeit eines Scharia-Gelehrten nicht mit der eines Priesters vergleichen, da ein Scharia-Gelehrter einer juristischen Tätigkeit nachkommt, während ein Priester eher versucht,

eine beratende Funktion als Seelsorger ausüben. Daher wird es in Zukunft wichtig sein, dass die Imame in Europa ausgebildet werden und nicht nur vom Ausland importiert werden. Diese Beratungsfunktion der Imame gründet sodann nicht mehr auf dem traditionellen Schariarecht, sondern auf der Scharia als einem ethischen und moralischen Regelwerk, also auf einer Wertordnung; nur auf diese Weise können die veränderten Orts- und Zeitbedingungen, denen auch die Schariagesetzgebung unterworfen ist, adäquat berücksichtigt werden.

7. Muss die Scharia aus Glaubenssicht in ihrer Gesamtheit gelten oder darf sie hinterfragt und nur in Teilen praktiziert werden?

Die Scharia als juristisches System hat sich erst im Laufe der Zeit durch die vier Rechtsschulen herauskristallisiert und gilt daher, gerade was den zwischenmenschlichen Bereich anbelangt, als Menschenwerk. Von den über 6200 Koranversen bringen etwa nur 80 Verse juristische Aussagen (gebieten, verboten usw.). Ansonsten spricht der Koran von allgemeinen Direktiven und Richtlinien. Heute versucht man daher die Scharia in den historischen Kontext zu stellen und nicht als Gesetz sondern als ethisches, moralisches und theologisches Regelwerk zu interpretieren, ausgenommen die fünf kultischen Pflichten der Muslime. Grundsätzlich ist zu differenzieren zwischen der Scharia-Gesetzgebung, wie sie im Laufe der Jahrhunderte angewandt wurde und den Veränderungen, die ab der Kolonialzeit einsetzen. Denn das islamische Recht insgesamt und die Scharia im Speziellen sind keine starren monolithischen, sondern flexible Größen, die auch in den Jahrhunderten islamischer Geschichte flexibel gehandhabt wurden. So hat es schon immer eine gewisse Trennung zwischen staatlichen und religiösen Angelegenheiten



„Die Scharia kann als positives und moralisches Wertesystem eine positive Rolle in unserer Gesellschaft spielen.“

gegeben; das Motto der Einheit von „Staat und Religion“ ist erst in der Kolonialzeit aufgekommen und sodann rückprojiziert worden. Außerdem ist gerade auch das islamische Strafrecht gegenüber der heutigen Situation in dieser Form kaum angewandt worden, es ist so kasuistisch ausformuliert worden, dass es eben nicht zur Anwendung kam.

DIE VERPOLITISIERTE SCHARIA IST EIN MODERNES PHÄNOMEN.

8. Warum wird mit der Scharia Politik gemacht?

Die „verpolitisierte Scharia“ ist ein modernes Phänomen, denn traditionellerweise waren hierfür eben die Religionsgelehrten und nicht der Staat zuständig. Trotzdem ist eine vollständige Trennung zwischen Staat und Religion/Islam, also

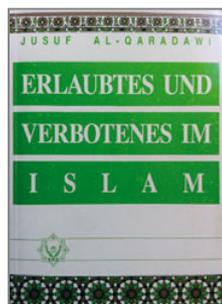
ein säkulares System, kaum vorstellbar in Staaten, in denen der Islam Staatsreligion ist. Daher der Diskurs, wieweit die Scharia eine öffentliche Ordnung oder bloß eine individuelle Lebensführung angibt.

Scharia als ein „nicht zu hinterfragendes Recht“ findet sich vor allem bei politischen und salafistischen Gruppierungen der Gegenwart, die die Einbettung in den Zeitkontext ablehnen und von einer wörtlichen Interpretation der Quellen ausgehen. Ich verweise nochmals darauf, dass der zweite Teil der Scharia, die zwischenmenschlichen Beziehungen, heute grundsätzlich als eine wandelbare Größe angesehen wird, daher hat neben Tunesien auch Marokko ein modernes, den heutigen Erfordernissen entsprechendes Familienrecht. Und überhaupt haben sämtliche islamische Staaten das traditionelle Familienrecht modernen Verhältnissen angepasst, freilich oft nur in der Theorie und noch nicht in der praktischen Handhabung.

9. In welcher Form kann die Scharia in der österreichischen Gesellschaft eine relevante, positive Rolle spielen?

Ich denke eben nicht als Gesetz, sondern als ethisches und moralisches Wertesystem, das unter Beachtung der veränderten Zeit- und Ortsbedingungen, d.h. der konkreten Lebensbedingungen der muslimischen Gesellschaften in Europa dann durchaus auch wieder stärker konkret normiert werden kann. Denn die traditionelle Scharia-Gesetzgebung entspricht ja den Bedingungen einer gewissen Zeit. Oft wird hierbei auf den traditionellen bosnischen Islam verwiesen, der sich durch eine vergeistigte Auslegung der Religionsquellen von einer Gesetzes- zu einer Gesinnungsreligion entwickelt hat. Mit dieser ethisch-moralischen Ausrichtung wurde ein Anschluss an die europäische Denk- und Lebensweise ermöglicht.

Koran, Überlieferungen, Mythologien. Religion ist vor allem Interpretations- und Auslegungssache. Das gilt auch für den Iran.



ZUR PERSON

Karl Prenner ist seit 1997 Professor für Islamwissenschaft mit Schwerpunkt Koranforschung am Institut für Religionswissenschaft an der Karl-Franzens-Universität Graz. Er hat ein Studium der Fachtheologie an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Karl-Franzens-Universität sowie Studien am Institut für Orientalistik (Studienrichtung Arabistik) und Judaistik an der Universität Wien absolviert.

KOMMENTAR

Ein Gedankenanstoß

Die Gesellschaft kann sich vor Hassern und Hetzern schützen, indem sie Musliminnen und Muslime als Partner im Einsatz für Menschenrechte und sozialen Zusammenhalt wahrnimmt.

Kommentar: Carla Amina Baghajati

Jedes Wort löst Assoziationen aus, oft auch Emotionen. Wer in Europa „Scharia“ hört und nicht selbst Muslim/in ist, wird wohl Bilder archaisch anmutender Körperstrafen der Verbrecherbande IS im Kopf haben und im Bauch das Gefühl „passt nicht hierher, bedroht mich“. Denn ist das nicht dieses starre islamische Recht, der Widerspruch zu säkularer Rechtsstaatlichkeit schlechthin? Ganz andere Gedanken tun sich bei gläubigen Muslimen auf. Für sie signalisiert „Scharia“ eine gottgefällige Lebensführung. Das Wort verknüpft sich mit positiven Aspekten wie Sicherheit, Gerechtigkeit und persönlicher Verantwortung für das Allgemeinwohl. Somit ist „Scharia“ wohl der Begriff, bei dem in Islamdebatten am meisten aneinander vorbei geredet wird. Als Ursache für Ängste und Misstrauen liegt hier ein Nährboden für populistische Feindbilder. Umso dringender ist eine Begriffsdefinition.

Ins Deutsche übersetzt bedeutet das arabische Wort شريعة / *šarī'a* „Weg zur Wasserstelle“. In der Symbolik des Wasserschöpfens liegt ein Bezug zu den religiösen Quellen Koran und Sunna (vorbildliche Lebensweise des Propheten Muhammad). Der ständig aufs Neue zu beschreitende Weg zeigt die Notwendigkeit auf, diese Quellen immer wieder neu zu befragen. Mit sich verändernden Lebensumständen durch sich wandelnde Zeit, lokale Gegebenheiten und gesellschaftliche Rahmenbedingungen ändern sich Fragestellungen. Die Scharia steht somit schon vom Wort her für einen dynamischen Anspruch und nicht für ein unveränderlich festgeschrie-

benes Gesetz. Ohne Zweifel geht es um „religiöse Rechtleitung“. Gottes Offenbarung – für Muslime als erste Quelle der Koran – wird aber von Menschen gelesen und interpretiert. Das ist also eine Einladung zu Mündigkeit und Ansage gegen blinde Autoritätshörigkeit. „Wollt ihr nicht nachdenken“, richtet sich der Koran an die Menschen.

Gibt kein Buch „Die Scharia“

Demzufolge gibt es auch kein mit „Die Scharia“ betitelt Buch universalen Anspruchs. Der Auslegungsprozess kann nie abgeschlossen sein. Praktische Fragen zu den gottesdienstlichen Handlungen standen im Vordergrund. Literatur zur rituellen Reinheit oder dem Gebetsablauf ist somit sehr viel umfangreicher als zu politischen Fragen. Schon im frühen Islam hatte sich die Anschauung durchgesetzt, jeder Regierung sei Loyalität geschuldet, die das Praktizieren des Islams ermögliche. Muslime in Europa haben sich in zahlreichen offiziellen Stellungnahmen klar zur demokratischen Rechtsstaatlichkeit und der säkularen Gewaltenteilung bekannt.

Gleichzeitig ist im innermuslimischen Diskurs viel in Bewegung, weil gegen Missbrauch des Begriffs Scharia angegangen werden muss. Extremisten suchen über „Scharia“ ihre menschenverachtenden und gewaltverherrlichenden Positionen zu legitimieren und sie als „göttlichen Willen“ hinzustellen. Islamhasser schüren Ängste, indem sie diese Verdrehungen als „den Islam“ präsentieren und Terroristen damit noch Recht geben. Dieser Herausforderung

muss mit Bildung und theologischem Weiterdenken begegnet werden. Insbesondere gilt es einem wortwörtlichen Quellenverständnis entgegenzutreten, das den inhaltlichen größeren Zusammenhang ignoriert. Dazu hat u. a. eine Wiederbelebung des bereits vor Jahrhunderten entwickelten Konzepts der unverrückbaren Prinzipien der Scharia (maqasid asch-scharia) stattgefunden: Schutz der Religionsfreiheit, des Lebens und der Menschenwürde, des Besitzes, der Familie und der Vernunft. So können Auslegungen dahingehend überprüft werden, ob sie auch dem Geist des Islams entsprechen. Die Gesellschaft kann sich vor Hassern und Hetzern schützen, indem sie diesen Entwicklungen mehr Aufmerksamkeit schenkt und Musliminnen und Muslime als Partner im Einsatz für Menschenrechte und für sozialen Zusammenhalt wahrnimmt.

ZUR PERSON

Carla Amina Baghajati ist Medienreferentin der Islamischen Glaubensgemeinschaft (IG-GIÖ) und Mitgründerin der „Initiative muslimischer ÖsterreicherInnen“.

KOMMENTAR

Das ist Verhandlungssache

Die Scharia ist kein bürgerliches Gesetzbuch. Liberale Theologen interpretieren sie liberal, fundamentalistische fundamentalistisch. Die Scharia ist Ausdruck der offenen Struktur des Islam.

Kommentar: Lamya Kaddor

„Scharia“ ist ein Schreckenswort. Dabei ist es eines der am meisten – unbewusst und bewusst – missverstandenen Worte in den Debatten über den Islam. Islamfeinde nutzen den Begriff, um die Religion als unmenschlich darzustellen, indem sie ihn als Chiffre für brutale Körperstrafen feilbieten. Islamistische Fundamentalisten missbrauchen ihn, um Gläubige einzuschüchtern, um Macht über sie zu erlangen oder selbige zu bewahren. Angesichts dieser Prägung des Begriffs durch moderne Extremisten verknüpfen Laien damit häufig mittelalterliche Vorstellungen.

Zugleich religiöses und staatliches Recht

Was aber ist die Scharia überhaupt? Der Begriff stammt aus dem Arabischen und bezeichnet zunächst einmal nichts anderes als einen Weg, der in lebensfeindlicher Wüste zu lebensspendender Wasserquelle führt. Im übertragenen theologischen Sinn führt er folglich zu Gott. Dem Glauben der Muslime nach ist das irdische Leben eine Prüfung. Wer sich richtig verhält, gelangt nach dem Tod zu Gott ins Paradies. Scharia ist somit nichts anderes als der Sammelbegriff für sämtliche göttliche Gebote. Wie kann man einem gläubigen Menschen das wegnehmen wollen?

Ein Problem ist nun: die Scharia ist kein bürgerliches Gesetzbuch. Sie ist nicht festgeschrieben. Es sind weitgehend leere Seiten, die permanent mit Inhalt gefüllt werden müssen. Die Scharia ist Ausdruck der offenen Struktur des Islam ohne offizielle Hierarchien, ohne Oberhaupt. Die Manife-

strierung der Scharia ist Verhandlungssache von Theologen. Liberale Theologen füllen die Seiten liberal, fundamentalistische fundamentalistisch. Nicht die Scharia per se ist daher problematisch, sondern diejenigen, die sie für andere verbindlich mit Inhalten füllen wollen.

Ein weiteres Problem: Da man in der Theorie traditionell nicht zwischen der Gemeinschaft aller Muslime und Musliminnen und dem Staat unterscheidet, ist die Scharia religiöses und staatliches Recht zugleich. Das passt mit heutigen Vorstellungen in einem säkularen Rechtsstaat nicht zusammen. Selbst islamische Länder haben damit Schwierigkeiten: Fast alle verfügen daher über ein kodifiziertes, vom Staat erstelltes Rechtssystem aus Zivil- und Strafrecht, während die Scharia nur noch bei Familienangelegenheiten herangezogen wird. Das liegt daran, dass der Koran – entgegen der verbreiteten Vorstellung – kaum konkrete gesetzliche Regelungen für den Alltag der Menschen enthält.

Auf einem derart schwimmenden Fundament lässt sich kein Staat bauen. Eine Verhandlungssache kann auch nicht Grundlage für das Handeln in einem freiheitlich säkularen Rechtsstaat sein. Etwas, das nicht klar definiert werden kann, kann nicht offiziell anerkannt werden.

Aber: Muslim/innen und Bürger/innen solcher Staaten brauchen auch keine offizielle Scharia. Gott will den Schutz der Grundrechte des Menschen. Das macht der Koran an vielen Stellen deutlich: keine Willkür, keine Übertreibungen, keine Ungerechtigkeiten. Scharia schließt mithin das Recht

auf Leben und Besitz unabhängig von Alter und Geschlecht, das Recht auf persönliche Freiheit, auf Schutz der Schwachen ein. Genau diesen Schutz garantiert heute ein Rechtsstaat. Brutale Körperstrafen, wie sie auf der arabischen Halbinsel im 7. Jahrhundert als Drohung nötig waren, um das Volk zu disziplinieren, haben sich erübrigt. Und realiter wollen Muslime und Musliminnen auch keine irgendwie geartete offizielle Scharia – abgesehen von Fundamentalisten oder Einwanderern, in deren Herkunftsländer etwa Scharia-Gerichte üblich sind. Muslime wollen nur eines: in Ruhe und ohne sich erklären zu müssen ihren Glauben leben. Denn so bewegt sich ihr Leben längst entlang der Scharia.

ZUR PERSON

Lamya Kaddor wurde 1978 im westfälischen Ahlen als Tochter syrischer Einwanderer geboren. Sie studierte Arabistik und Islamwissenschaft, Allgemeine Erziehungswissenschaft und Komparatistik an der Universität Münster und bildete Islamische ReligionslehrerInnen aus. Sie hielt Lehraufträge an mehreren Universitäten. Zudem unterrichtet sie Islamische Religion an der Schule. Kaddor ist Autorin mehrerer Bücher, zuletzt: „Die Zerreißprobe – Wie die Angst vor dem Fremden unsere Demokratie bedroht“, das 2016 im rowohlt Verlag erschien.

Zuvor, u.a.: „Zum Töten bereit. Warum deutsche Jugendliche in den Dschihad ziehen“ (2015). „So fremd und doch so nah. Juden und Muslime in Deutschland“ (2013). „Muslimisch, weiblich, deutsch - Mein Leben für einen zeitgemäßen Islam, 2010.



Die zivilgesellschaftliche Allianz „Wege aus der Krise“ ist ein Zusammenschluss von 11 Gewerkschaften und NGOs. Seit 2010 entwickeln sie das „Zivilgesellschaftliche Zukunftsbudget“ für ein gutes Leben für alle in Österreich.

EIN GUTES LEBEN FÜR ALLE: MASTERPLAN FÜR ÖSTERREICH

Österreich könnte anders, könnte besser aussehen. In sozialer, ökologischer, ökonomischer und sonstiger Hinsicht. Eine Kritik und ein Zukunftsszenario in mehreren Schlaglichtern.

Illustrationen: Eva Vasari

11 NGOs und Gewerkschaften setzen dem angeblichen „Budgetnotstand“ und der Ratlosigkeit der Regierung in Sachen Arbeitsplatzschaffung mit dem „Zivilgesellschaftlichen Zukunftsbudget“ solidarische und ökologisch nachhaltige Alternativen gegenüber. Mehr Steuergerechtigkeit ermöglicht 11 Milliarden Euro an zusätzlichen Einnahmen für Investitionen in die Stärkung von Sozialstaat und Menschenrechtsschutz, eine nachhaltige Energiewende, sowie den Ausbau der öffentlichen Mobilität. Zusammen mit einer Ökologisierung von Steuersystem und Wirtschaft schaffen diese Investitionen 175.000 neue Arbeitsplätze.

Wir brauchen notwendiger denn je Alternativen für eine sozial gerechte und ökolo-

gisch nachhaltige Steuer- und Budgetpolitik. Mittlerweile sind mehr als eine halbe Million Menschen in Österreich ohne Arbeit. Die 2016 begonnene Debatte über Kürzungen der Mindestsicherung ist einer der größten Angriffe auf die soziale Absicherung jener, die ohnehin bereits am Rande der Gesellschaft stehen. Zugleich bleiben große Vermögen und Erbschaften weiterhin steuerlich entlastet – in dem Land mit der größten Vermögensungleichheit innerhalb der EU. Trotz der Panama-Leaks sind ernsthafte Schritte zur Beendigung der „legalen“ Steuervermeidung von Vermögenden und großen Unternehmen nicht sichtbar. Und gegenwärtig verhandelt die Regierung sogar über die Abschaffung der Bankenabgabe, anstatt diese sinnvolle Maßnahme und

den Beitrag der Banken zu den Kosten der Finanzkrise zu verlängern. Die Steuerreform 2015/2016 hat all diese Probleme des österreichischen Budgets kaum verändert. Auch eine ökosoziale Steuerreform, die umweltschädliche Steuern abschafft und den Weg zu einer ökologisch nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise unterstützt, wurde bisher noch nicht angegangen.

Die zivilgesellschaftliche Allianz „Wege aus der Krise“, ein Zusammenschluss von elf Gewerkschaften und NGOs, entwickelt seit 2010 das „Zivilgesellschaftliche Zukunftsbudget“. Hier der Vorschlag für das Zukunftsbudget 2017-2019 – ein Vorschlag für alternative „Wege aus der Krise“ für eine solidarische, ökologisch nachhaltige und demokratische Zukunft.



David Mum, Foto: Privat

Soziales INVESTIEREN STATT KÜRZEN

Von David Mum

WirtschaftsvertreterInnen können es nicht oft genug wiederholen: Österreich rutscht in vielen Rankings ab. Gemeint sind dabei meist eher fragwürdig erstellte Umfragen unter ManagerInnen, was die Standortqualität betrifft. Schlussfolgerungen sind dann meist Steuer- und Abgabensenkungen für Unternehmen und Einsparungen im Sozialstaat. Auch die zivilgesellschaftliche Allianz „Wege aus der Krise“ sieht Handlungsbedarf. Allerdings mit völlig anderen Schlussfolgerungen und Vorzeichen. Denn 8 Jahre nach der Finanz- und Wirtschaftskrise verharrt Europa noch immer in einer gesellschaftlichen und sozialen Krise. Der vorherrschende neoliberale Kurs bewirkt eine Krisenverschärfung durch Kürzungspolitik. Hier werden die Betroffenen zu Schuldigen und Sündenböcken gemacht. Auch in Österreich ist dieses verheerende Muster zu beobachten: Während die Arbeitslosigkeit Höchststände erreicht, versuchen viele PolitikerInnen skrupellos den Druck auf die Arbeitslosen zu erhöhen: mit strengeren Zumutbarkeitsregeln und Kürzungen bei der Mindestsicherung. In einem Land, in dem die Vermögenssteuern im homöopathischen Bereich liegen, wird eine populistische Debatte darüber geführt, was man denjenigen wegnehmen soll, die schon am wenigsten haben: Asylberechtigten und Familien mit Kindern soll die Mindestsicherung massiv reduziert werden. Es liegt auf

der Hand, dass damit kein Mensch in Beschäftigung gebracht wird. Aber es wird der Druck erhöht, schlecht entlohnte Arbeit zu schlechten Bedingungen anzunehmen. Die Ausgaben für die Mindestsicherung betragen 0,23 Prozent der österreichischen Wirtschaftsleistung.

Die Allianz „Wege aus der Krise“ will demgegenüber einen Kurswechsel einschlagen: Mehr Beschäftigung durch mehr öffentliche Investitionen und fairere Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit. Statt Kürzungen soll es mehr öffentliche Investitionen geben. Finanziert soll das u.a. durch mehr vermögensbezogene Steuern und Ökosteuern werden.

In Zeiten steigender und vor allem verfestigter und längerer Arbeitslosigkeit, muss man die soziale Absicherung verbessern: durch höheres Arbeitslosengeld und eine längere Bezugsdauer. Es braucht eine Anhebung der Nettoersatzrate von derzeit 55 Prozent auf mindestens 70 Prozent und eine Verlängerung der Bezugsdauer auf mindestens 39 Wochen. Durch eine Arbeitszeitverkürzungsoffensive soll es zu einer gerechteren Verteilung von Erwerbsarbeit und somit weniger Arbeitslosigkeit kommen. Hier soll es eine Anschubfinanzierung für kleinere Unternehmen geben. Durch mehr öffentliche Investitionen im Bereich der sozialen Dienstleistungen und Bildung (Pflege, Ausbau von Kinderkrippen, Kindergärten, Vorschulen Ganztagschulen, Bildungsmöglichkeiten und Sprachkurse für Asylsuchende,...) können viele Arbeitsplätze geschaffen werden, wo es einen hohen gesellschaftlichen Bedarf gibt.

Die Mindestsicherung liegt mit ihrem Leistungsniveau unter der Armutsgrenze. In Österreich sind über 300.000 Kinder armutsgefährdet und über 130.000 Kinder von manifester Armut betroffen. Da ist mehr Unterstützung nötig und nicht eine geringere. Die Mindestsicherung soll daher nicht gekürzt sondern erhöht werden. Das Zivilgesellschaftliche Zukunftsbudget setzt nicht auf Almosen, sondern auf die dauerhafte Prävention von Armut. Mit dem „Zukunftsbudget“ (70 Schritte in ein gutes Leben für alle) wird gezeigt, wie eine sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Steuer- und Budgetpolitik Probleme lösen und zu mehr Chancen und Gerechtigkeit beitragen kann.

David Mum arbeitet in Wien als Leiter der Grundlagenabteilung in der GPA-djp.



Johannes Wahlmüller, Foto: Privat

Ökologie WEGE IN EINE KLIMAFREUNDLICHE GESELLSCHAFT

Von Johannes Wahlmüller

Am 4. November ist das Klimaschutzabkommen von Paris in Kraft getreten. Jetzt muss es an die Umsetzung gehen. 189 Staaten haben Pläne vorgelegt, die jetzt rechtsverbindlich werden. Dass Klimaschutz eine zentrale Aufgabe der Republik ist, hat sich aber wohl noch nicht bis zum Finanzressort durchgesprochen. Anders ist es nicht zu erklären, warum in der Budgetpolitik Klimaschutz so wenig berücksichtigt wird. Zu tun gäbe es genug: Laut WIFO werden in Österreich jährlich 3,7 bis 4,8 Milliarden Euro an umweltschädlichen Subventionen gewährt. Beispiele sind die unbegründete Steuerbegünstigung von Diesel gegenüber Benzin oder die Steuerbefreiung von Kerosin, die den Flugverkehr künstlich verbilligt. Gleichzeitig wird selbst der Einbau von Ölheizungen noch gefördert, während Staaten wie Dänemark den Einbau längst nur noch in Ausnahmefällen erlauben. Anstatt diese Probleme anzupacken, startete die Bundesregierung holgrig in einen Prozess zur Erarbeitung einer Energie- und Klimastrategie. Ein äußerst wichtiger Prozess, der festlegen soll, wie die Energie- und Klimapolitik in Österreich auf Jahrzehnte aussehen wird. Trotzdem konnte man sich im Vorfeld nicht einmal darauf einigen, ob diese Strategie langfristige Ziele verfolgen soll. Das ist bedenklich, weiß man doch, dass das Klimaschutzabkommen von Paris genau das vorsieht: Alle unterzeichnenden



Klimaschutz-Schlendrian: Laut WIFO werden in Österreich jährlich 3,7 bis 4,8 Milliarden Euro an umweltschädlichen Subventionen gewährt.

Staaten sollen Klimaschutzstrategien mit einem Zeithorizont bis 2050 ausarbeiten. Hat man in Wien nicht gelesen, was man unterzeichnet hat? Erst nach monatelanger Kritik erklärten Umweltminister Rupprechter und Wirtschaftsminister Mitterlehner bei einer Infoveranstaltung am 19. Oktober in Linz, dass der langfristige Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas das langfristige Ziel sein soll. Zentrale Vorgabe für den Prozess sind diese Ziele aber immer noch nicht. Längst wäre es an der Zeit zu handeln.

Das zivilgesellschaftliche Zukunftsbudget zeigt, dass es eine Alternative zum Schlendrian beim Klimaschutz gibt. Eine ökosoziale Steuerreform ließe sich schon mit dem nächsten Budget verwirklichen. Mit einer Steuererhöhung auf fossile Energie könnten im Gegenzug andere Steuern verringert werden. Bzw. könnte das Aufkommen an Haushalte mit einem Pauschalbetrag – einem „Pro-Kopf-Ökobonus“ – rückvergütet werden. Auf diese Weise würden finanziell schwache Haushalte sogar bessergestellt.

Unternehmen würden hingegen mit einem „Innovationsbonus“ für klimafreundliche Investitionen belohnt. Gleichzeitig sieht das Zukunftsbudget eine Reihe von Offensivmaßnahmen vor: Investitionen in die Attraktivierung der Regionalbahnen, einen Zukunftsfonds für die Ausweitung des Radverkehrs und eine verstärkte Förderung der thermischen Sanierung.

Nicht nur das Klima, wir alle würden davon profitieren. Allein durch eine Anhebung der Sanierungsrate von derzeit einem Prozent des Gebäudebestands pro Jahr auf drei Prozent würden 30.000 Arbeitsplätze entstehen. Saubere Luft und weniger Lärm würde unsere Lebensqualität steigern und die regionale Wertschöpfung ankurbeln. Statt, wie jetzt, Milliarden Euro an Importkosten für Kohle, Öl und Gas abzustottern. Setzen wir uns also für ein Budget ein, das unsere Zukunft in die Hand nimmt, anstatt sie aufs Spiel zu setzen!

Johannes Wahlmüller ist Energiesprecher von Global 2000.

Integration FÜR EINE SOLIDARITÄTSOFFENSIVE

Von Alexander Pollak

Österreich soll sein Selbstverständnis als Land, das auch von Migration und Veränderung geprägt ist, weiterentwickeln und normalisieren. Es gilt Willkommens- und Integrationsstrukturen sowohl für Neuankommende als auch für bereits hier lebende Menschen auszubauen. Und es gilt die demokratische und rechtsstaatliche Grundlage dafür zu schaffen, dass ein offenes, gleichberechtigtes und friedliches Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen Biografien und Lebensentwürfen möglich ist. Es darf zu keiner Spaltung der Gesellschaft entlang von Kriterien wie Herkunft, Hautfarbe oder Religion kommen.

Die wichtigsten fünf Maßnahmen zur Umsetzung dieser Ziele sind:

Solidaritätsoffensive: Der Wohlstandsku-



Alexander Pollak, Foto: Privat

chen ist längst nicht mehr rund, sondern weit in Richtung Vermögende ausgebeult. Das System der Mindestsicherung muss verbessert und ausgebaut werden. Die gute Nachricht: In Österreich sind genug Mittel vorhanden, um ein gutes Sozialsystem nachhaltig zu finanzieren – und alle würden davon profitieren. Auch diejenigen, die ihre Solidarität finanziell unter Beweis stellen müssen und dafür als Rendite in einem sozialen und sicheren Land leben können. Integrationsmasterplan für Neuankommende: Dazu gehören von Anfang an Informations- und Orientierungsveranstaltungen, Sprachkurse, Wohnrauminiciativen, Mentoring-Programme, psychologische Betreuung. Wichtig sind aber auch die rasche Anerkennung von Qualifikationen, Bildungsmöglichkeiten, sowie der Zugang zum regulären Arbeitsmarkt nach spätestens sechs Monaten.

Egalitäres Bildungssystem, das mit Vielfalt umgehen kann: Dazu gehören ein professioneller Umgang mit Vielsprachigkeit und Herkunftsvielfalt, Empowerment-Maßnahmen für nichtakademische Eltern, Ganztageschulen, die besondere Förderung von Schulen an Standorten mit einem hohen Anteil an Kindern aus einkommensschwachen Haushalten und ein Ende der Frühselektion im Alter von 10 Jahren.

Öffnung Österreichs hin zu einer inklusiven Demokratie. Das würde Beteiligung und Zugehörigkeit stärken. Immer mehr Menschen in Österreich sind durch die restriktiven Einbürgerungs- und Wahlrechtsbestimmungen von vollen Rechten und der Beteiligung an der Demokratie ausgeschlossen.

Schaffung von Einrichtungen, Strukturen und Diskursformen, die Freiheit, Respekt, Gleichberechtigung, Nichtdiskriminierung und das demokratische Zusammenleben in einer vielfältigen Gesellschaft fördern.

Wir erleben eine Zeit, in der politische Kräfte das Schüren von Angst und das Aufwiegeln und gegeneinander Ausspielen von Menschen nahezu perfektioniert haben. Doch wir erleben auch eine Zeit, in der Initiativen für ein gutes Zusammenleben viel Kraft entwickeln können.

Ein solidarisches und offenes Österreich, das allen hier lebenden Menschen Perspektiven bietet, würde Sicherheit und Optimismus fördern und vor gesellschaftlicher Spaltung bewahren. Das Verbesserungspotenzial in der Integrationspolitik ist gewaltig. Zur Umsetzung braucht es eine politische Führung, die den Mut hat, nicht im Strom von derzeit populären Frontbildungen gegen Ausländer, Flüchtlinge, etc. zu schwimmen, sondern an einem gemeinsamen, lebenswerten Österreich für alle, die hier leben, zu arbeiten.

Alexander Pollak ist Sprecher von SOS Mitmensch.

Geschlechtergerechtigkeit FÜR ELTERNKARENZ UND TATSÄCHLICHE GLEICHSTELLUNG

Von Elisabeth Klatzer

Österreich hat eine traurige, empörende Bilanz in Sachen Gleichstellung: Anstatt Fortschritte zu machen, verliert Österreich im internationalen Vergleich an Boden: laut dem Global Gender Gap Bericht rutschte Österreich innerhalb von 3 Jahren um 32 Plätze (!) ab und ist 2016 nur mehr auf Platz 52 (von 144 Ländern) zu finden. Das ist eine Schande und zeigt das Versagen der Wirtschafts- und Gleichstellungspolitik und die fortwährende strukturelle Benachteiligung von Frauen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft deutlich auf. Besonders eklatant ist die Benachteiligung von Frauen im Bereich wirtschaftliche Beteiligung. Wir sind weit von wirtschaftlicher Unabhängigkeit entfernt. Als vordringliche Maßnahmen gilt es, die eklatanten Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern abzubauen, die hohe Armutsbetroffenheit von Frauen – vor allem im Alter und als Alleinerzieherinnen – zu verringern, eine bessere Verteilung



Elisabeth Klatzer, Foto: Privat

der Gesamtarbeit zu erreichen, vor allem durch starke Verringerung der bezahlten Wochenarbeitszeit und bessere Verteilung der unbezahlten Arbeit bei Betreuung und im Haushalt.

Eine Fülle von Maßnahmen ist nötig, besonders wichtig sind dabei:

Erhöhung des Lohnniveaus im Sozial- und Bildungsbereich. Mehr und bessere Kinderbetreuungseinrichtungen und Pflegeangebote. Ausbau der Ganztageschule für bessere Zukunftschancen für alle Kinder. Einführung einer Elternkarenz, die die Hälfte der Zeit für Väter reserviert (ohne Übertragungsmöglichkeit der Zeiten an Mütter)

Ein Umbau des Steuersystems, das Vermögen und Konzerne (höher) besteuert und steuerliche Entlastungen niedrigen Einkommen gleichermaßen zugute kommen lässt (über Absetzbeträge statt Freibeträgen).

Ein Umbau von budget- und wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozessen, um eine tatsächlich gleichberechtigte Beteiligung von Frauen und das Einbringen von Fraueninteressen zu ermöglichen. Kurzfristig wird die Einrichtung eines unabhängigen Beirates zur Umsetzung geschlechtergerechter Budgetpolitik gefördert.

Derzeit sehen wir vor allem Rückschritte in der Gleichstellungspolitik. Für das Militär sind zusätzliche Milliarden vorhanden, für dringend nötige Frauenpolitik bleiben nur Brösel übrig. Ein unhaltbarer Zustand. Frauen haben ein Recht auf wirtschaftliche Unabhängigkeit, auf tatsächliche Gleichstellung in allen Bereichen. Ganz unabhängig davon tragen Investitionen im Sinne des Zukunftsbudgets zu einem besseren Leben für alle bei! Ein Fokus auf Frauen-

und Gleichstellungspolitik bedeutet ganz einfach eine bessere Wirtschaftspolitik. Es ist höchst an der Zeit, dass Österreich die sozialen und wirtschaftlichen Rechte von Frauen ernst nimmt, den eklatanten Rückfall im internationalen Vergleich bekämpft und sich um Fortschritte bemüht!

Elisabeth Klatzer von der Initiative Femme Fiscale, die sich für geschlechtergerechte Steuer- und Budgetpolitik einsetzt.



Heidi Schrodt, Foto: Privat

Bildung **WEG MIT DER GIESSKANNE!**

Von Heidi Schrodt

Natürlich ist nicht alles schlecht in der österreichischen Schule, man denke etwa an das berufsbildende Schulwesen. Doch die gravierenden Schwächen eines Systems, das in seinen Grundstrukturen in den Sechziger-Jahren steckengeblieben ist, treten immer deutlicher zutage. Allem voran steht natürlich die Tatsache, dass ideologische Blockaden eine grundlegende Gesamtreform seit Jahrzehnten verhindern, eine gemeinsame Vision von der Zukunft der österreichischen Bildung insgesamt nach wie vor aussteht.

Längst herrscht unter ExpertInnen Konsens darüber, was die Eckpunkte einer Reform sein sollten und wo vorrangig ange setzt werden müsste. Das vor einem Jahr beschlossene Reformpaket berücksichtigt aber nur Einzelaspekte einer künftigen Reform. Jedenfalls könnte man ohne größere Vorarbeiten an die schrittweise Umsetzung gehen. Ganz prioritär müsste die Beseiti-

gung der sozialen Schieflage in Angriff genommen werden, die Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen migrantischen Familien derzeit besonders hart trifft. Dazu muss die Ressourcenzuteilung an Schulen grundlegend neu gedacht werden, und zwar weg vom Gießkannenprinzip hin zu einer gerechten Zuteilung nach Kriterien des Sozialindex. Das würde heißen, dass künftig so genannte Brennpunktschulen wesentlich mehr Ressourcen zur Verfügung hätten als Schulen an nicht benachteiligten Standorten. Diese Ressourcen können sie zur gezielten Einzelförderung ebenso einsetzen wie für entsprechendes Unterstützungspersonal. Weiters muss so bald wie möglich die Frühkind-Pädagogik ins Zentrum gerückt werden, mitsamt der baldigen Einführung eines zweiten verpflichtenden Kindergartenjahres für alle. Nach skandinavischem Vorbild wäre die frühkindliche Förderung mit aufsuchender Sozialarbeit und Elternkommunikation ebenso zu koppeln, wie mit der drastischen Reduzierung des Betreuungsverhältnisses in Krippen und Kindergärten. Auch die besten PädagogInnen können bei den derzeitigen Gruppengrößen keine professionelle Arbeit erbringen.

Dass die künftigen Elementar-PädagogInnen endlich an tertiären Institutionen ausgebildet werden, sollte eigentlich gar nicht mehr extra erwähnt werden müssen. Die Trennung der Kinder im Alter von zehn Jahren wäre ersatzlos zu streichen – jahrgangsübergreifende Lerngruppen würden nicht nur diese Transition entschärfen, sondern auch die vom Kindergarten zur Volksschule oder von der Sekundarstufe 1 zur Sekundarstufe 2. Schließlich müssen massive Aus- und Fortbildungsmaßnahmen die LehrerInnen im Umgang mit der Heterogenität und Mehrsprachigkeit in ihren Klassenzimmern professionalisieren. All das findet – von klein auf – selbstverständlich in inklusiv geführten Lerngruppen statt. Schon jetzt gibt es im österreichischen Parlament mehr PolitikerInnen, die den genannten Reformmaßnahmen aufgeschlossen gegenüberstehen, als man annehmen würde.

Würden diese Maßnahmen, als Teil eines Gesamtpakets, umgesetzt, so wären wir in zehn Jahren der Vision einer gerechten und gebildeten Gesellschaft einen wesentlichen Schritt näher gekommen.

Heidi Schrodt ist Vorsitzende der Initiative Bildung grenzenlos.



Alexandra Strickner, Foto: Attac

Ökonomie **WOHLSTAND STATT NOTSTAND:** **FÜR EIN ANDERES BUDGET**

Von Alexandra Strickner

Das öffentliche Budget ist in Zahlen gegessene Politik. Ein Blick auf die Einnahmenseite zeigt: Das österreichische Budget wird trotz der großen Steuerreform von 2015, bei der die Lohnsteuer reformiert wurde, immer noch zu rund zwei Drittel aus Steuern auf Arbeit und Konsum finanziert. Wer viel Vermögen hat und davon sogar lebt – also ein leistungsloses Einkommen bezieht – der zahlt für den jährlichen Vermögenszuwachs, den er oder sie in einem Jahr verzeichnet, lediglich 27,5 Prozent Steuern. Auch weiterhin bestehen Steuerschlupflöcher für transnational agierende Konzerne, sodass auch diese ihre Steuerlast auf ein Minimum reduzieren können. Auf der Unternehmensseite leisten also in erster Linie die Klein- und Mittelbetriebe – sie sind das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft – ihren Beitrag zur Finanzierung, der für eine funktionierende Gesellschaft und Wirtschaft notwendigen Infrastrukturen und des Sozialstaates. Auch aus einer ökologischen Perspektive ist das österreichische Steuersystem reformbedürftig: so wird z.B. Autofahren steuerlich noch immer belohnt.

Die Folge davon: Die reichsten 5 Prozent der ÖsterreicherInnen besitzen 58 Prozent des Privatvermögens, während große Konzerne immer weniger zur Finanzierung der von ihnen genutzten Infrastrukturen, sowie zum Sozialstaat beitragen. Und: Steu-

ern steuern uns zu wenig in Richtung einer sozial gerechteren und ökologisch nachhaltigeren Zukunft.

Attac legt seit 2010 gemeinsam mit den Trägerorganisationen der Allianz „Wege aus der Krise“ Reformvorschläge dazu vor, die an diesen Problemen ansetzen. Dazu zählt u.a. die Einführung einer Vermögens- und Erbschaftssteuer auf große Vermögen, eine höhere Besteuerung von leistungslosen Einkommen (sie sollen als Einkommen deklariert werden und somit den Steuersätzen der Lohn- und Einkommensteuer unterliegen), eine Abschaffung von Steuerprivilegien für Konzerne und eine umfassende ökologische Steuerreform.

Bisher wurden seitens der Politik von diesen Vorschlägen nur kleine Schritte in Richtung Reduzierung von Steuerprivilegien für leistungslose Einkommen und von umweltschädlichen Subventionen gesetzt. ÖVP, FPÖ und NEOS haben bisher – gemeinsam mit der Industriellenvereinigung – erfolgreich die Wiedereinführung von Vermögens- und Erbschaftssteuern für große Vermögen verhindert. Eine umfassende Ökologisierung des Steuersystems findet sich nicht auf der Prioritätenliste der Regierung. Diese Maßnahmen würden nicht nur die wachsende Ungleichheit reduzieren und umweltfreundliches Verhalten befördern. Sie würden zugleich jene Mehreinnahmen ermöglichen, mit denen eine Vielzahl von notwendigen Zukunftsinvestitionen finanziert werden können, wie im Zivilgesellschaftlichen Zukunftsbudget vorgeschlagen. Maßnahmen, die uns mit Verweis auf die Notwendigkeit der Einhaltung von EU-Defizitzielen vorenthalten werden. Sie sind allesamt problemlos finanzierbar – wenn man sich das Geld dort holt, wo zu viel liegt. *Alexandra Strickner ist Mitbegründerin von „attac“.*

Arbeitsverhältnisse GUTE ARBEIT FÜR ALLE IST MÖGLICH

Von Susanne Haslinger

Während die Regierung von Bundeskanzler Christian Kern die Schaffung von 20.000 neuen Arbeitsplätzen bis 2020 verlautbart hat, ist davon wenig zu merken. Fast eine halbe Million Menschen sind in Österreich arbeitslos, während andere in den Burnout schlittern. Seit Jahren ist ein besorgniserregender Trend zu beobachten: Neben der Arbeits-



Susanne Haslinger, Foto: Privat

losigkeit steigt auch die Zahl der Beschäftigten konsequent. Geschaffen wurden jedoch keine qualitativ hochwertigen Jobs, sondern vor allem nicht existenzsichernde und auch selten freiwillige Teilzeitschäftigung, sowie prekäre Arbeitsformen. Unterm Strich ist das eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich und ein bewusst angefachter Wettbewerb um die Arbeitsplätze, der Standards sukzessive senkt. Gleichzeitig steigen Arbeitsdruck und Arbeitsverdichtung und stressbedingte Erkrankungen. Denn die Arbeit geht uns noch lange nicht aus, in Österreich werden jährlich über 250 Millionen Überstunden geleistet. Würde nur ein Drittel davon durch neue Arbeitsplätze ersetzt, ergäbe das allein 38.600 neue Stellen.

Wir können neue, hochwertige Arbeitsplätze schaffen und Arbeit zur gleichen Zeit entlasten. Das zivilgesellschaftliche Zukunftsbudget zeigt, wie: Was es braucht, ist ein Maßnahmenpaket aus einer Umverteilung von Erwerbsarbeit (Stichwort Arbeitszeitverkürzung), Konjunkturmaßnahmen, längst überfälliger Investitionen in soziale Infrastruktur (wie z.B. Kinderbetreuung, Bildung, öffentlichen Verkehr; siehe Kommentare der anderen Ressorts) und einer Reform der Arbeitsmarktpolitik, die sich an den betroffenen Menschen orientieren. Neben der gesundheitlichen Notwendigkeit kürzerer und damit weniger belastender Arbeitszeiten, schafft die Verkürzung der Arbeitszeit auch ein Mehr an Lebensqualität und mehr Zeit für Familie, FreundInnen, Weiterbildung, zivilgesellschaftliches Engagement und persönliche Hobbies. Insgesamt bedeutet das nicht nur eine we-

sentlich bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, sondern auch eine bessere gesellschaftlichen Teilhabe.

Der klassischen Forderung nach Arbeitszeitverkürzung schlägt dennoch zunehmend Skepsis entgegen. Besonders groß ist sie im Dienstleistungssektor, wo die Gefahr weiterer Arbeitsverdichtung groß ist: Hier kann neben realistischeren Zeitvorgaben effektiv nur mit Begleitmaßnahmen wie verpflichtenden Personalschlüsseln gearbeitet werden.

Wer über Arbeitszeitverkürzung spricht, muss aber auch über Lohnausgleich sprechen und damit die Frage stellen, wer diese Kosten einer Arbeitszeitverkürzung – und in welchem Verhältnis – tragen soll. Nicht vergessen dürfen wir, dass die Verkürzung der Arbeitszeit und ihre Aufteilung auf mehr Köpfe letztlich eine Verteilungsfrage ist, deren Finanzierbarkeit auch im Rahmen der längst überfälligen Umverteilungsdebatte mitgedacht werden muss.

Genauso schlägt Wege aus der Krise aber auch eine öffentliche Förderung eines Teils des Lohnausgleiches vor, wenn ArbeitgeberInnen entsprechend zusätzliches Personal einstellen. Die Mittel dafür stehen durch die Entlastung des AMS, die mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze einhergeht, bereits zur Verfügung.

Susanne Haslinger ist Rechtsschutzsekretärin/ Soziales bei der Gewerkschaft PRO-GE.

Asyl VOM BACKLASH ZUR SOLIDARITÄT

Von Anny Knapp

Eine Prognose über die künftigen Entwicklungen bei Flucht und Asyl, bei Migration im allgemeinen abzugeben, erscheint mir derzeit als eine besonders schwierige Aufgabe. Gerade im Asylsystem finden seit vielen Jahren in immer kürzeren Intervallen gesetzliche Änderungen statt. Ob das Erreichte auch einmal gesichert werden kann, ist fraglich und zudem in vielen Punkten gar nicht wünschenswert, weil ja viele der gesetzlichen Änderungen Asylverschärfungen brachten. Freilich gab es immer wieder auch einen Ausbau und eine Kodifizierung von Rechten, etwa durch die Einführung der Grundversorgung 2004, die mit der willkürlich gewährten oder verweigerten Versorgung mit dem Lebensnotwendigen während des Asylverfahrens Schluss



Zukunftsbudget 2017-2019: darf als Vorschlag für eine solidarische, ökologisch nachhaltige und demokratische Zukunft verstanden werden.

gemacht hat. Auch lange von NGOs gefordert, dann aufgrund der EU-weit gültigen Standards in Asylverfahren, wurde kostenlose rechtliche Unterstützung im Beschwerdeverfahren bei Gericht eingeführt. Manche vorbildliche österreichische Bestimmungen wurden hingegen wieder abgeschafft, nicht weil sie sich nicht bewährt hätten, sondern aufgrund der Befürchtung, Österreich könnte für Schutzsuchende zu „attraktiv“ sein. Etwa die bis 2004 vorhandene Möglichkeit, einen Asylantrag bei einer österreichischen Botschaft zu stellen oder die Ausnahme traumatisierter Flüchtlinge und Folteropfer von zeitraubenden und nervenzerrenden Zulassungsprüfungen. Etliche positive Änderungen haben wir den Entscheidungen der Höchstgerichte oder Brüssel zu verdanken. Nicht alle rechtlichen Vorgaben des gemeinsamen europäischen Asylsystems wurden mit voller Überzeugung umgesetzt, im europäischen Vergleich schneiden wir noch immer nicht so schlecht ab.

Derzeit befinde ich mich aber in einer weniger euphorischen Phase, was wohl für die Entwicklungen in der EU als gesamtes gel-

ten dürfte. Unsere treibende Kraft bei der Sicherung der Grund- und Menschenrechte, die EU, hat mit Problemen wie Finanzkrise und mangelnder Solidarität und Zusammenhalt zu kämpfen, die Flüchtlinge sind eine zusätzliche Aufgabe. Auch in der österreichischen Politik ergibt das politische Gezerre rund um das Flüchtlingsthema we-



Anny Knapp, Foto: Privat

nig Anlass für Zuversicht. Die jüngsten Gesetzesnovellen (Asyl auf Zeit, erschwerter Familiennachzug, Kürzung der Sozialleistungen) zeigen, dass die Rechte von Flüchtlingen systematisch beschnitten werden. Selbst eigene Forderungen, wie jene nach Integration, werden systematisch konterkariert. Schließlich sollen einige Tausend Flüchtlinge in der Lage sein, in Österreich einen Notstand hervorzurufen, der auch die Aussetzung der Genfer Flüchtlingskonvention und grundrechtlicher Verpflichtungen legitimieren soll. Das wäre mir noch vor kurzem völlig unrealistisch erschienen. Aber halt – da war doch noch was: die Zivilbevölkerung hat Mut und Empathie gezeigt, hat eingegriffen, wo der Staat versagt hat und es gab eine Macht des Faktischen, siehe unseren nunmehrigen Verteidigungsminister, der an der Grenze im Burgenland 2015 Schlimmeres durch die Gestattung der Einreise für Flüchtlinge verhindern wollte. Es könnte also doch sein, dass sich aus dem derzeitigen Backlash wieder eine neue Welle der Beruhigung und Reformen aufbaut. Anny Knapp ist Obfrau des Vereins asylkoordination. österreich und Expertin für Asylrecht.



In den Supermärkten finden sich kaum noch Produkte, die ohne Palmöl hergestellt sind. Der Grund: es ist billiger. Riesige Wälder werden dafür vernichtet und in Monokulturen verwandelt, unterstützt im Namen der Nachhaltigkeit.

ABHOLZEN IM NAMEN DER NACHHALTIGKEIT

Palmöl-Firmen, die erst den Regenwald abholzen und dann mit Monokulturen am Emissionshandel verdienen – subventioniert von EU und UNO: Einen nachhaltigen Kapitalismus gibt es nicht, sagt Kathrin Hartmann. In ihrem aktuellen Buch „Aus kontrolliertem Raubbau“ recherchierte die deutsche Journalistin die Komplizenschaft von Wirtschaft und Politik, die es den großen Konzernen ermöglicht, sich im Namen der Green Economy die letzten natürlichen Ressourcen zu sichern.

Interview: Johanna Müller

Reden wir zunächst über das Palmöl: Sie beschreiben in Ihrem Buch sehr eindrücklich, wie das Gütesiegel des Runden Tisches für Nachhaltiges Palmöl (RSPO-Siegel) dazu beiträgt, dass noch mehr Regenwald abgeholzt wird. Kann man sich auf Gütesiegel gar nicht verlassen?

Kathrin Hartmann: Das Siegel des RSPO ist für mich exemplarisch für die Green Economy: Anstatt etwas zu verändern, legitimiert man ein sozial und ökologisch schädliches System mit einem Nachhaltigkeitssiegel. Man sichert sich zugleich den Zugriff auf den Rohstoff. Als ich mich auf die Suche nach dem angeblich nachhaltigen Palmöl machte, das im europäischen Biodiesel steckt, habe ich in Indonesien ein Ausmaß der Zerstörung gesehen, das mich erschüttert hat. Ich habe das nachhaltige Palmöl nirgends gefunden – wohl aber für Palmöl-Monokulturen zerstörte Natur, vertriebene Kleinbauern, Gewalt gegen Indigene und Sklavenarbeit auf den Plantagen.

Es gibt diesen Runden Tisch schon seit zehn Jahren. Gibt es überhaupt keine Verbesserungen?

Nein, illegale Abholzung und Menschenrechtsverletzungen der Palmölfirmen stehen nach wie vor an der Tagesordnung. Die vermeintlichen Verbesserungen nüt-

PALMÖL UND DIE FOLGEN: DIE ZERSTÖRUNGEN IN INDONESIEN HABEN MICH ERSCHÜTTERT.

zen vor allem den Ländern des Nordens: Wenn Palmölfirmen beispielsweise ihre Abwasserbecken überdachen lassen, damit kein Methan in die Luft gelangt, erhalten sie dafür Zertifikate, mit denen sie am Emissionshandel mitverdienen können. Es ist eine weitere Verwertung der Zerstörung. Mit dem RSPO-Siegel erfüllen die Konzerne sogar die verbindlichen Nachhaltigkeitskriterien der EU.

Die Naturschutzorganisation WWF sitzt ja auch am Runden Tisch und weist Teile des Regenwaldes als geschützt aus. In Ihrem Buch schildern Sie aber, dass das etwa Kleinbauern enteignet. Sind solche Schutzmaßnahmen von vorne herein Pseudoaktionen?

Erstens muss man sich fragen, warum der WWF gemeinsam mit den Palmöl-Unternehmen die Definitionshoheit darüber haben soll, welcher Wald schützenswert ist und welcher nicht. Zweitens sind die geschützten Flächen meist kein zusammenhängender Wald, der Wildtieren als Lebensraum dienen kann. Kleinbauern und Indigenen ist die Nutzung oft nicht mehr erlaubt. Das ist „Green Grabbing“. Drittens gibt es keine Sanktionen des RSPO für Mitglieder, die illegal oder in geschützten Gebieten Wälder abholzen. In zehn Jahren wurden lediglich zwei Firmen ausgeschlossen, wobei die eine freiwillig den RSPO verlassen hatte.



Greenpeace kämpft gegen gewaltige Zerstörungen: Konzerne wie Unilever, die am meisten Palmöl verbrauchen und damit die Entwaldung vorantreiben, sitzen mit am Tisch, wenn es um neue Klimaschutz-Abkommen geht.

Die Arbeitsbedingungen auf den Plantagen prüft unter anderem der TÜV Rheinland für den RSPO. Sie beschreiben die Zustände auf den Plantagen als katastrophal. Wie kommt es zu den positiven Prüfergebnissen?

Der TÜV Rheinland ist ein gewinnorientiertes Unternehmen, das von den Firmen für deren Zertifizierung und Kontrollen bezahlt wird. Ich habe einen Zertifizierungsprozess auf einer Plantage in Nordsumatra beobachtet. Die Prüfung war wochenlang vorher angekündigt und die Prüfer sehen sich offenbar nur den Teil der Plantage an, der für die Prüfung vorbereitet war. Würden sie nur eine halbe Stunde in die Plantage reinfahren, stünden sie in den Slums, wo die Arbeiter unter erbärmlichsten Bedingungen hausen. Die Prüfer haben nur mit den Vertretern der gelben Gewerkschaft geredet, das ist die, die von dem Unternehmen selbst gegründet wurde. Der TÜV Rheinland steht aktuell unter Beschuss, weil er auch in Rhana Plaza Textilfabriken kontrolliert hat und die Baumängel nicht gesehen haben will. Auf einer anderen Plantage in Sumatra in der Provinz Jambi untersuchte der TÜV Rheinland einen

jahrealten Landkonflikt. Trotzdem die indigene Gemeinde im Auftrag der Palmölfirma – die Mitglied im RSPO war – brutal überfallen und misshandelt worden war, kam der TÜV Rheinland zu einem positiven Gutachten im Sinne der Palmölfirma, die dieses Gutachten ja auch bezahlt hat.

DER TÜV RHEINLAND IST EIN GEWINNORIENTIERTES UNTERNEHMEN, BEZAHLT VON DEN FIRMEN, DIE ER ZERTIFIZIERT.

Auch die Behörden verlassen sich auf diese Gutachten und Siegel. Woher kommt der seltsame Gleichklang von Konzernen und Politik?

Die Politik hat sich ganz dem Wachstum verschrieben. Die Entwicklungshilfepolitik in Deutschland wurde schon unter Dirk Niebel (*Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung bis Ende 2014; Anm.*) zu einer Art Industrieförderung umgebaut. Es geht um Zugriff auf die Ressourcen an Boden, Bodenschätzen usw. in den Ländern des Südens. Die Zertifizierungs-

initiativen fungieren als freiwilliger Pseudo-Ordnungsrahmen, der politische Regulierung ersetzt. Man schafft ein neues, diesmal grünes, Kolonialregime. Die großen Unternehmen sitzen – ohne demokratische Legitimation – in vielen wichtigen Gremien bis hin zur UNO. So saß etwa Unilever, die am meisten Palmöl weltweit verbrauchen und damit Treiber von Entwaldung sind, in der Calderon-Kommission, die einen Vorschlag für ein Nachfolgeabkommen des Kyoto-Protokolls vorlegte. Unilever gehörte außerdem zu den Unterzeichnern der New Yorker Erklärung zum Schutz der Wälder der UN.

Wie funktioniert die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Politik konkret?

Afrika ist ein gutes Beispiel, weil es als Absatzmarkt und wegen seiner großen Agrarfläche für die Industrie sehr interessant ist. Da gibt es etwa die G8 New Alliance for Food Security and Nutrition. Unter dem Deckmantel der Ernährungssicherheit möchte sie eine industrielle Landwirtschaft umsetzen. Das wird von den Kleinbauern allerdings vehement abgelehnt. So werden so genannte Wachstumskorridore einge-

richtet, Sonderwirtschaftszonen, in denen Regulationen abgebaut werden, Gesetze so geändert, dass Unternehmen einfacheren Zugang zu Land bekommen, gentechnisch verändertes Saatgut erlaubt wird und Agrarkonzerne leichter Dünger und Pestizide verkaufen können. Es sind für solche Korridore bereits Bauern von ihrem Land vertrieben worden.

Auch die FAO hat lange argumentiert, man könne den Hunger in der Welt nur durch eine industrielle Landwirtschaft bekämpfen.

Natürlich gibt es in Afrika Hunger und Armut, natürlich muss man die Landwirtschaft verbessern. Aber das heißt nicht, dass dies industriell passieren muss. Die internationale Kleinbauernbewegung fordert, agrarökologische Methoden und Ernährungsunabhängigkeit, also eine selbstbestimmte regionale Landwirtschaft jenseits von exportorientiertem Anbau von „Cash-Crops“ und des Diktats von Agrarmultis. Die industrielle Landwirtschaft wird den Hunger nicht abschaffen – sie ist es ja, die für Bodenerosion, Wassermangel, den Verlust der biologischen Vielfalt und Landraub verantwortlich ist. Hinter der Industrialisierungsoffensive steckt sehr viel Geld. Zum Beispiel von der Bill & Melinda Gates Foundation: Sie arbeiten in der German Food Partnership mit der deutschen Entwicklungshilfe zusammen, um etwa Kartoffeln in Kenia und Nigeria anzubauen – für die Produktion von Chips und Pommes. Das braucht kein Mensch. Da werden Millionen Euro auch öffentlicher Gelder gebunden, die besser in öffentlichen Institutionen eingesetzt wären.

Die Bill & Melinda Gates Foundation hält Aktien von Monsanto, insofern ist ihr Engagement verständlich. Von öffentlichen Stellen hört man das Argument, man könne Indien, Afrika usw. den westlichen Wohlstand nicht absprechen.

Ja, das ist eines der besonders verlogenen Standardargumente. Auf einmal werden Konsumexzesse nach westlichem Vorbild wie ein Menschenrecht behandelt, während für diese gleichzeitig reale Menschenrechte mit Füßen getreten werden. De facto vernichtet man seit Jahrzehnten schon die Lebensgrundlage der Menschen im Süden.

Ich habe in Bangladesch mit Vertretern der Kleinbauernorganisation, die dort 2,5 Millionen Mitglieder hat, gesprochen: Niemand sagt, wir wollen dicke Autos und so leben wie ihr. Im Gegenteil, sie sagen „das Leben, das ihr führt, schadet uns“. In Wirklichkeit wollen wir mit diesem Wohlstandargument ja nur unseren Lebensstil retten und legitimieren.

Wie kann man dazu beitragen, dass sich diese Verhältnisse ändern?

Ich hoffe, dass sich mehr Menschen in den reichen Ländern gegen diese fatalen Landwirtschaftsprogramme zusammenschließen, sich darüber informieren, was mit den Steuergeldern passiert. Man kann sich Bündnissen anschließen: Die internationale Kleinbauernbewegung La Via Campesina hat auch in Europa Ableger. Man kann auch die Aktivisten vor Ort unterstützen: Sie sind ja nicht hilflos, wie man uns seit Kindertagen weismachen will.

INDUSTRIALISIERUNGSOFFENSIVE IN KENIA: KARTOFFELANBAU FÜR CHIPS UND POMMES.

Aber ohne Verzicht geht es nicht.

Ist es wirklich Verzicht, nicht jeden Tag Schnitzel zu essen? Keine Tütensuppen mehr zu haben? Stattdessen wird es etwas anderes geben, nämlich mehr Zeit und Energie für soziale Beziehungen, für Arbeit, die man gerne macht. Ich glaube, der Konsumirrsinn ist oft nur ein schaler Glückserersatz, eine Entschädigung für das Leben, das wir führen, aber so nicht wollen.

ZUR PERSON

Die Ursachen von Armut und Ausbeutung sind die Themen der Journalistin Kathrin Hartmann. 2009 erschien ihr Buch „Ende der Märchenstunde. Wie die Industrie die Lohas und Lifestyle-Ökos vereinnahmt“, 2012 „Wir müssen leider draußen bleiben“ über Armut in Deutschland. In ihrem Buch „Aus kontrolliertem Raubbau“ nimmt sie globale Ausbeutungsverhältnisse in den Blick. Das Buch ist im Blessing Verlag erschienen.

IMPRESSUM

MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien, T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9, redaktion@momagazin.at, www.momagazin.at

REDAKTION:

Gunnar Landsgeßell (Chefredakteur; gun), Petja Dimitrova (Porträt-Illus), Alexander Pollak (apo), Karin Wasner (Bilder), Eva Vasari (Illustrationen); Clara Akinyosoye, Eva Maria Bachinger, Philipp Sonderegger, Baruch Wolski

AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Clara Akinyosoye, Eva Maria Bachinger, Carla Amira Baghajati, Muhamed Beganovic, Andrea Erasilan-Weninger, Angela Gföhler, Susanne Haslinger, Lamyia Kaddor, Elisabeth Klatzer, Anny Knapp, David Mum, Johanna Müller, Milena Österreicher, Karl Prenner, Willi Resetarits, Martin Schenk, Heidi Schrodt, Philipp Sonderegger, Alexandra Strickner, Johannes Wahlmüller, Kathrin Wimmer, Ibrahim Yavuz

BUSINESS DEVELOPMENT: Magdalena Summereder

COVERBILD: P.M. Hoffmann

LEKTORAT: Sonja Dries

ARTDIREKTION: Mitko Javritchev

LAYOUT-KONZEPT: Theo Kammerhofer

DRUCK: Ferdinand Berger & Söhne GmbH, Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN: Katharina Hofmann-Sewera office@sosmitmensch.at, T +43 1 524 99 00-16

ABOS: Bernhard Spindler, abo@momagazin.at T +43 1 524 99 00-18

VERTRIEB:

Beilage „Der Standard“; Straßenkolportage

AUFLAGE: 30.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien, T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,

Mail: office@sosmitmensch.at

Web: www.sosmitmensch.at

ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeberin: SOS Mitmensch

Sitz: Wien

Geschäftsführung: Alexander Pollak,

Gerlinde Affenzeller;

Obmann: Max Koch

Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung, für Menschenrechte, Demokratie

und Migration

ZVR: 22747570

SPENDEN:

IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590

BIC: BAWAATWW

MO ist das Medium von SOS Mitmensch gegen Rassismus und Diskriminierung, für Menschenrechte, Demokratie und Migration.

Der Nachdruck der Beiträge ist bei Nennung der Quelle und Übersendung von Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht, wenn das Copyright nicht ausgewiesen ist. Die Rechte der Fotografien liegen bei den UrheberInnen.

Falls kein/e Urheber/in ausgewiesen ist: SOS Mitmensch.

POPULÄR GESEHEN

Lebensmittel, die man nicht essen kann

Wer dauernd hungert,
wird jenen folgen, die Brot
versprechen.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK
Illustration: Petja Dimitrova

Es gibt etwas in unserem Leben, das einfach wichtig ist. Bestimmte Bedürfnisse, die gestillt werden müssen. Dazu gehören auch Lebensmittel, die man nicht essen kann, aber trotzdem zum Leben braucht. Fünf Mängel zählt Psychologe Abraham Maslow auf, die uns bei Nichtbefriedigung empfänglich für Hetze aller Art machen: Hunger & Durst, Gewalt & Arbeitslosigkeit, Isolation & Einsamkeit, fehlende Achtung & Wertschätzung, Brachliegen der eigenen Potenziale. „Wer dauernd hungert, wird jenen folgen, die Brot versprechen. Jene, die Sicherheit garantieren, werden bei Verängstigten und Traumatisierten einen Zuhörer finden“, analysiert dazu der Netzwerkforscher Harald Katzmaier. „Jene, die Teilhabe anbieten, werden bei einsamen Menschen Resonanz erzeugen. Jene, die sagen: So wie Du bist, bist du ein wertvoller Mensch, werden bei denen, die nie im Licht der Anerkennung stehen, Anklang finden.“ Wer diese Grundbedürfnisse nicht mehr auf dem Radar hat, wird auch nichts ausrichten gegen Ideologien der sozialen Ausgrenzung. Vor allem das Bedürfnis nach Wertschätzung, Würde und Integrität von all jenen, die sich nicht täglich im Lichte des Erfolgs sonnen können, ist aus dem Blick geraten. Lehrlinge beispielsweise werden meist auf ihre Funktionalität für den Arbeitsmarkt angesprochen. „Der Mensch außerhalb der Arbeit, der politische Mensch,



Martin Schenk ist Sozialexperte
der Diakonie Österreich.

der Freizeit-, der Beziehungs- und Familienmensch ist den Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft offensichtlich völlig egal“, analysiert Jugendforscher Heinzmaier. Eine weitere Beobachtung liefert der französische Soziologe Didier Eribon. Die Fabrikarbeiter seiner Verwandtschaft wählen alle die Rechtsextremen. Eribon schreibt, „dass man die Zustimmung zum Front National zumindest teilweise als eine Art politische Notwehr der unteren Schichten interpretieren muss. Sie versuchen, ihre kollektive Identität zu verteidigen, oder jedenfalls eine Würde, die seit je mit Füßen getreten worden ist und nun sogar von denen missachtet wurde, die sie zuvor repräsentiert und verteidigt hatten.“ Aus Arbeitern und Arbeiterinnen wurden „sozial Schwache“, aus Proletariern „bildungsferne Schichten“. Aus AkteurInnen, die Rechte einforderten, wurde ein Sammelsurium von Opfern und Hilfsbedürftigen gemacht. Die einen verwandeln sie in Objekte sozialmoralischer Pädagogik, die nichts können, die anderen betrachten sie als Objekte erobernder Fürsorge, als Opfer, die alles brauchen. Aber nie als Handelnde. Es gibt eben Lebensmittel, die man nicht essen kann, aber trotzdem zum Leben braucht. Wer nicht im Licht steht, wird jenen vertrauen, die anbieten, was in ihrem Alltag verloren zu gehen droht: Achtung und Würde.

SONDERECHE

Gandhi, der Rassist

Einer der populärsten Menschen hat zwei Geschichten: Ikone des friedlichen Widerstandes und rassistische Persona non grata.

UM DIE ECKE GEDACHT MIT
PHILIPP SONDEREGGER
Illustration: Petja Dimitrova

Von meiner Schulzeit an zählte für mich Mahatma Gandhi zu den Lichtgestalten des Weltgeschehens. Meine Generation blickte zu ihm auf. Schon als 19-Jähriger setzte er sich über das indische Kastenwesen hinweg und schiffte nach London ein, um Recht zu studieren. Als junger Anwalt verschlug es ihn nach Südafrika, wo er wegen seiner Hautfarbe aus dem Zug geworfen wurde. Der Vorfall stachelte ihn an, eine Organisation gegen Diskriminierung aufzubauen. Zurück in Indien führte er das Land in die Unabhängigkeit von den britischen Kolonialherren und setzte auf Versöhnung zwischen Muslimen und Hindus. Er vertrat Menschenrechte für Frauen und Unberührbare, mit Taktiken des zivilen Ungehorsam wurde er schon zu Lebzeiten zur Ikone des gewaltfreien Widerstandes. Doch Gandhi wird nicht überall so verehrt. In der ghanaischen Hauptstadt Accra erwirkten unlängst ProfessorInnen und Studierende die Entfernung eines Gandhi-Denkmales vom Uni-Campus. Das Monument wurde erst im Juni im Beisein des indischen Präsidenten Pranab Mukherjee enthüllt, um die Verbundenheit der beiden Länder zu bekräftigen. Die GegnerInnen der Statue verweisen auf Ausführungen Gandhis, in denen er eine Überlegenheit von InderInnen gegenüber AfrikanerInnen behauptet und letztere auch noch mit einem rassistischen Schmähbegriff bedenkelt. Tatsächlich wurde Gandhi auch

CLARTEXT



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.

schon von namhaften indischen Intellektuellen kritisiert. Unter anderem, weil sein Kampf gegen die Apartheid weniger den Schwarzen als seinen indischen Landsleuten galt.

Nun kann man Menschen zugestehen, dass sie im Laufe ihres Lebens klüger werden und auch in der zweiten Hälfte noch dazu lernen können. Gandhi ist sicher auch ein gutes Beispiel dafür, dass die Heldengestalten der globalen Populärkultur mehr über unsere Art zu Denken aussagen, als über die Wirklichkeit. Besonders bemerkenswert finde ich jedoch, wie stark die Geschichtsschreibung selbst in einer globalisierten Welt noch divergieren kann. Wie kann einer der populärsten Menschen weltweit zwei verschiedene Geschichten haben? Immerhin findet sich im deutschsprachigen Wikipedia ein Hinweis auf die Rassismus-Vorwürfe. Ein Denkmalsturm erschien in Österreich aber unwahrscheinlich. Das hat nicht zuletzt mit dem Stellenwert des Antirassismus hierzulande zu tun. Mit Ausnahme des Holocaust ist diese Perspektive aus der Geschichtsschreibung weitgehend verdrängt und im öffentlichen Bewusstsein ist sie marginalisiert. Mit dem Ergebnis, dass so a bissl Rassismus bei uns noch lang keinen zu Fall bringt. Schon gar keinen wie Gandhi.

Burkadebatte: Alles nur Kosmetik?

Das Burka-Thema wird uns noch länger begleiten. Kosmetikdebatten werden uns nicht weiterhelfen.

CLARA AKINYOYOYE SAGT ES NICHT DURCH DIE BLUME. EINE KOLUMNE ÜBER DIVERSITÄT UND MIGRATION. Illustration: Petja Dimitrova



Clara Akinyosoye ist freie Journalistin und Ex-Chefredakteurin von M-Media.

Ich weiß schon. Der Sommer ist vorbei. Ich bin spät dran. Alle, die was auf sich halten, haben sich zur Burkafrage bereits geäußert. Es gab Kluges und weniger Geistreiches. Polemik von rechts und links. Unqualifiziertes Geschwafel. Ultimative Bedrohungsszenarien. Nonnenvergleiche. Nun gut. Man könnte meinen, es ist genug über die Burka gesprochen worden. Immerhin so viel, dass mittlerweile auch einige Nicht-Nahost oder IslamexpertInnen den Unterschied zwischen Burka und Niqab erklären können. Es ist genug. Immerhin kommt der nächste Sommer bestimmt. Jedem Sommer seine Burkadebatte. Aber diese Debatte, mal ehrlich: Soll das alles gewesen sein? Burka, Niqab und Burkini wurden in Frankreich quasi gleichgesetzt. Frauen mit Leggings und Kopftuch am Strand von der Polizei verfolgt. Applaudiert haben vor allem Fundamentalisten – rechte und islamische. Welch Koalition scheinheiliger Moralisten und Frauenverächter. In Österreich wurde die Debatte bereitwillig aufgenommen. Schließlich steht nach Wochen des Diskurses und der Niqab-Selbstversuche ein Burkaverbot im Raum. Es wird als Teil eines Integrationspakets verhandelt. Schon allein deswegen ist das Thema nicht vom Tisch, auch wenn der Sommer vorbei ist. Es wird uns wohl weiter beschäftigen. Auch weil entgegen den Behauptungen mancher, vollverschleierte Frauen wahrscheinlich zuletzt öfter im Wiener Stadtbild er-

schiene sind als früher. Nicht nur am Graben, sondern am Hannovermarkt, am Handelskai, in Margareten. Dass es vielleicht mehr werden, auch wenn es eine Handvoll bleibt – darüber werden wir wohl sprechen dürfen. Warum diese Frauen den Schleier tragen und, ob das ein Statement ist, mit dem sich eine liberale Gesellschaft befassen muss, das sollten wir auch diskutieren. Eine Burkaverbot-Debatte ist so legitim wie eine längst überfällige Laizismus-Diskussion. Aber verirren wir uns nicht. Wenn wir nur über die Kleidung sprechen, verlieren wir uns in kosmetischen Debatten. Wir sollten aber fundamentalistische Strömungen und extremistische Positionen innerhalb der (übrigens gesamten) Bevölkerung analysieren und diskutieren, wie wir denen begegnen wollen und können, wie wir Mädchen und Buben stärken, aus tradierten Rollenbildern auszubrechen, wo wir Geld investieren müssen, um unliebsamen antidemokratischen Entwicklungen zu begegnen. Ob (nur) ein Burkaverbot die Lösung ist, ich bezweifle es. Mehr muslimische Sozialarbeiterinnen, die zu den Frauen und Mädchen über die wir seit Monaten sprechen, durchdringen, würden da vielleicht eher helfen. Diesbezüglich hab ich noch keine Forderung vernommen. Aber vielleicht erörtern wir das dann im Winter. Falls nach dem Sommer der Symbolpolitik noch Zeit ist – für Sachfragen.

الإنسان:

Al-Insan, der Mensch. Auch der Name der
76. Sure im Koran.

Community News

Muslimische Communities helfen oft unbürokratisch und arbeiten zumeist abseits der Öffentlichkeit an der Integration von Flüchtlingen. Sie sind eine wichtige Schnittstelle innerhalb der Gesellschaft. Was aber tut sich hier?

TEXT: IBRAHIM YAVUZ

MJÖ ist 20 geworden

Die Muslimische Jugend Österreich feiert heuer ihr 20-jähriges Bestehen. Die größte muslimische Jugendorganisation Österreichs lud Ende Oktober Jugendliche zu einem Fest im Vienna Austria Center ein. Künstler wie Maher Zain, Yusuf Güney oder die US-amerikanische Fechterin und Olympiamedaillen-Gewinnerin Ibtijah Muhammad fanden den Weg nach Wien. Mehr als 15.000 Jugendliche feierten. Außergewöhnlich die Darbietung der Moderatorinnen. In Trachten und Tanzvorstellungen in österreichischer Kleidung erweckten sie den Eindruck einer Hyperintegration. Anwesend waren auch Innenminister Sobotka (ÖVP) sowie der jetzige und die beiden vergangenen Präsidenten der Islamischen Glaubensgemeinschaft (IGGiÖ). In Anbetracht der jüngsten politischen Auseinandersetzungen der MJÖ mit der IGGiÖ und der ÖVP beim Thema Islamgesetz, mutete das gemeinsame Feiern etwas merkwürdig an. Bereits seit längerer Zeit pflegt die MJÖ auch kein inniges Verhältnis mehr zur IGGiÖ. Vielleicht helfen derartige Veranstaltungen als Versöhnungskur.

Ostarrichislam

Die Ausstellung „Ostarrichislam“ wurde im Oktober in Kuala Lumpur präsentiert. Kurator Gernot Galib Stanfel folgte der Einladung des Islamic Art Museums nach Malaysia und berichtete über die Geschichte

des Islam in Österreich. „Die Ausstellung erweckte großes Interesse, viele wollen nun Österreich besuchen“, sagt Stanfel. Die Idee zur Ausstellung „Ostarrichislam“, die erstmals 2012 in Wien gezeigt wurde, entstand aus der langjährigen Beschäftigung des Kurators mit der kulturellen Beeinflussung der österreichischen Kultur durch den Islam. „Als Wahlmuslim habe ich mich schon länger gefragt, ob die Religion, in der ich mich beheimatet habe, in meiner physischen Heimat geschichtlich Spuren vor der Arbeitsmigration ab den 1960er Jahren hinterlassen hat. Wenn das so wäre, hätte auch meine Herkunftskultur islamische Anteile in sich und somit ich selbst kulturell auch seit meiner Geburt“, erklärt Stanfel. Gleichzeitig ist auch zu fragen, ob die ArbeitsmigrantInnen und ihre Nachkommen in der österreichischen Kultur etwas wiederfinden können, was ihnen vielleicht aus ihrer Herkunftskultur bekannt ist. Dass diese Ausstellung in einem muslimisch geprägten Land wie Malaysia auf großes Interesse stößt, ist beachtlich. Malaysia ist eines der weltweit größten Länder mit muslimischem Bevölkerungsanteil – und einer der wichtigsten Handelspartner Österreichs in Südostasien.

Reise nach Jerusalem

Der Gemeinderabbiner Schlomo Hofmeister und Ramazan Demir, Imam aus Wien, haben ein gemeinsames Buch veröffent-

licht. Thema: die Reise der beiden nach Istanbul, nach Jerusalem und in die palästinensischen Gebiete. Die ORF-Sendung „kreuz und quer“ begleitete die beiden, der Film zum Buch wird demnächst ausgestrahlt. Der Rabbiner und der Imam haben sich vor Ort ein Bild vom „Anderen“ gemacht mit dem Ziel sich gegenseitig besser zu verstehen. Eine Reise zwischen religiösen Stätten und politischen Konflikten als Denkanstoß und mutige Aktion für ein respektvolles Miteinander. Der interreligiöse Dialog, wie er in Österreich umgesetzt wird, ist ihnen zu „wolkig“. Sie wollten mit der Reise ein konkreteres Zeichen setzen. Der interreligiöse Dialog zielt auf eine Multireligiösität ab, die einerseits Vielfalt im Sinn eines reichen religiösen Lebens mit sich bringt, andererseits Quelle für Missverständnisse und Vorurteile in sich birgt. Den Dialog sehen der Imam und der Rabbi als probatestes Mittel, um Ängste abzubauen und ein harmonisches Zusammenleben zu fördern. Nur so ist es letztlich auch möglich, Menschen in religiös konnotierter Kleidung zu akzeptieren. Warum werden erkennbar religiöse Menschen komischer angeschaut als nicht erkennbare? Diese Frage kann wohl nur psychologisch beantwortet werden.

Reise nach Jerusalem: Ein Imam und ein Rabbiner unterwegs, Amalthea Verlag, Wien 2016, 208 Seiten.

Der Ausrutscher

Eines muss man Martin Glier, Norbert Hofers Pressesprecher, lassen: Er ist ein engagierter Funktionär, der seine Arbeit aus Überzeugung macht.

TEXT: MUHAMED BEGANOVIC

Glier, eifrig auf Twitter präsent, verfolgt das politische Geschehen penibel und verpasst keine Gelegenheit, Stimmung zu machen. Man könnte den Pressesprecher als Provokateur abtun, weil seine Aussagen zuweilen recht unbeholfen wirken. Anfang 2016 machte er sich auf Twitter über das Alter der Bundespräsidentenskandidaten lustig. Zu sehen waren sechs Kandidaten mit Rollator und vor ihnen, in Führung, ein schlanker und fitter Norbert Hofer. Für Glier ist es Satire, da von all den Kandidaten nur Hofer eine Gehbehinderung hat. Es geht aber noch plumper. Als sich der ORF „Im Zentrum“ 2014 mit Ausschreitungen rund um den Akademikerball beschäftigte, war auch Natascha Strobl, Mitveranstalterin einer der Demos, eingeladen. Glier twitterte: „Diese Frau Strobl ist ja ein unglaublicher Trampel. Was fällt dem ORF ein, solche Kreaturen einzuladen?“ Das hatte ein rechtliches Nachspiel, weil Strobl klagte – und recht bekam. Das kostete Glier eine Entschuldigung, eine Ehrenerklärung und 1.000 Euro. Doch schon wenige Minuten nach dem Tweet seiner Ehrenerklärung schrieb er nochmals auf Twitter. „Erstaunlich welcher Hass einem da von linker Seite entgegenschlägt. Wenn ich das alles einklagen würde, hätte mein Anwalt viel zu tun“. Einer gängigen Kommunikationsstrategie der FPÖ folgend, hatte sich der Funktionär in die Rolle des eigentlichen Opfers begeben.



Glier über die Grüne Nationalratsabgeordnete Alev Korun. Sie könne „mit mitteleuropäischen Umgangsformen“ nichts anfangen.

Herr im Haus

Wer das Recht hat, in Österreich zu sein und wer gleichberechtigt die Stimme erheben darf, davon hat Glier feste Vorstellungen. Er teilt sie problemlos mit der Öffentlichkeit. Menschen, die Geflüchteten helfen, gehören nicht unbedingt dazu. Glier hat sie als „Invasions-Kollaborateure“ bezeichnet. Es gibt mehrere solche Beispiele. Im Oktober 2013, als eine öffentliche Debatte über die Benennung der Nachspeise „Mohr im Hemd“ geführt wurde, ließ er dem Journalisten Simon Inou ausrichten: „Wenn es Ihnen nicht passt, wie wir unsere Süßspeisen nennen, steht es Ih-

nen frei, in Ihre Heimat zurückzukehren“. Glier ist der Herr im Haus, wenn er nachsetzt: „In meinem Land erklärt mir niemand, wie ich Süßspeisen nennen muss.“ Wäre er keine Person des öffentlichen Lebens, man könnte seine Sager als skurril anmutende Äußerungen einer abgeschotteten Welt verstehen. Glier ist aber Leiter der Pressestelle der FPÖ. Das macht seine Aussagen brisant. Sie repräsentieren eine Partei, die in Österreich den Machtanspruch stellt. Immer wieder zeigt der Pressesprecher, dass seine Ausrutscher doch keine sind. Über die Grüne Nationalratsabgeordnete Alev Korun, die sich süffisant über eine Begegnung zwischen Norbert Hofer und der Vorsitzenden des Front National, Marine Le Pen, geäußert hatte, twitterte er im September 2016, dass es ihn „nicht wundert“, dass sie „mit mitteleuropäischen Umgangsformen nichts anfangen kann“. Auf die Kritik an seiner Aussage, die auf die türkische Herkunft von Korun abzielte, bediente er sich einer höchst eigentümlichen Begrifflichkeit: „Nur zur Info: Gute Umgangsformen haben nichts mit „Rasse“ zu tun, sondern mit Kinderstube.“ Besonders problematisch: dass der eifrige Twitterer der Öffentlichkeitsarbeiter des höchsten Repräsentanten der Republik sein könnte.

POPULÄRKULTUR

BUCH



Wert und Würde

Was ist von einer Wertedebatte zu halten, die soziale Grundrechte missachtet und Armut erhöht? Das fragen Eva Maria Bachinger und Martin Schenk – beide sind seit vielen Jahren auch AutorInnen dieses Magazins – in ihrer jüngsten Publikation „Wert und Würde – Ein Zwischenruf“. Eigentlich ist die Wertedebatte für Asylsuchende reserviert und dient nicht selten als notdürftig verschleierte Resentimentabfuhr, wenn nicht zur Abwehr von Asylsuchen-

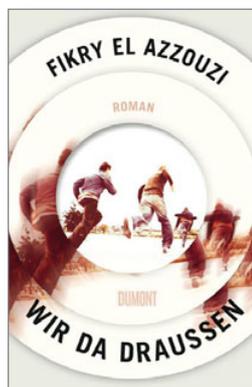
den überhaupt. In diesem Buch richtet sich nun der Blick aber auf die Mehrheitsgesellschaft: Wie sieht es eigentlich mit unserer eigenen Ethik aus, die wir nunmehr Menschenrechte beschränken, eine „Flüchtlingskrise“ ausgerufen haben und humanitäre Hilfe nur noch unter Protest leisten. Asyl soll im Schnellverfahren außerhalb der Landesgrenzen passieren, das Problem zum Wohle aller in die Türkei ausgelagert werden. Werte, erklären die AutorInnen, das ist eigentlich ein Begriff, der aus der Ökonomie entlehnt ist. Die Interpretation der Menschenrechte als Spekulationsobjekt? Wie lässt sich das mit der Würde des Menschen vereinbaren? Diskrepanzen wie diesen gehen Bachinger und Schenk auf ebenso konsequent hinterfragte wie erhellen- de Weise nach. Die öffentliche Debatte rund um Flüchtlinge büßt mit jeder neuen Buchseite ein bisschen von ihrer gran-

diosen Selbstgewissheit ein und wirkt am Ende ziemlich ideologisch. Dabei stellt sich nicht nur die Frage, ob die Angst vor Status- und ökonomischen Verlusten etwa der Mittelschicht tatsächlich den Abbau von Rechten legitimiert. Sondern es zeigt sich auch, dass in die Zuwanderungsdebatte wie ein Kuckucksei auch gleich Sozialdumping für andere Bevölkerungsgruppen eingebaut ist. Schenk: „Das Land Niederösterreich erließ ein Gesetz zur Streichung der Mindestsicherung bei Flüchtlingen, versteckte aber darin die Kürzung des Wohnens bei Menschen mit Behinderungen. „Flüchtlinge“ wird gesagt, aber gestrichen wird dann beim Wohnen für alle, auch für alle ÖsterreicherInnen. So funktioniert das.“ Es gibt eine Reihe von Beispielen, die zeigt, dass sich hinter der Wertedebatte um die angeblichen kulturellen Differenzen eine ideologische, von ökonomischen

Nutzbarkeitsdiskursen und sozialer Desintegration getragene Haltung verbirgt, die nicht von der Sorge um Demokratie getragen ist, sondern sich ganz im Gegenteil um demokratische Werte nicht sonderlich kümmert. Der gesellschaftliche Zusammenhalt, der insbesondere vom Rechtspopulismus beschworen wird, belebt sich durch immer neue Ausgrenzungstaktiken selbst. Wer diese Diskurse besser verstehen möchte, wird durch die Publikation von Bachinger und Schenk um viele Erkenntnisse reicher. *red*

Eva Maria Bachinger, Martin Schenk
Wert und Würde – Ein Zwischenruf
Hanser Verlag, 2016
72 Seiten, E-Book, 2,99 Euro

BUCH



Die Underdogs

Poesie der Straße, unverstellt, roh, erzählt aus einer Underdog- und Außenseiterperspektive. So stellt sich der Roman „Wir da draußen“ dar, den der Belgier mit marokkanischen Wurzeln, Fikry el Azzouzi, in der Ich-Perspektive verfasst hat. Es geht um eine Gruppe von Freunden, die in einer flämischen Kleinstadt abhängen, von den patriarchalen Vätern vor die Tür gesetzt, von der Mehrheitsgesellschaft nicht

so richtig akzeptiert, und selbst keinen Plan im Leben. Doch das Unbehagen, das el Azzouzi in seine Figuren legt, das oftmals komisch und unbeholfen von diesen formuliert wird, mit derbem Witz in ungeschliffener Sprache, dieses Unbehagen frisst sich durch all die Episoden dieses Buches. Immer wieder vermittelt sich beim Lesen das Gefühl, dass sich hinter jeder Pose, hinter den flotten Sprüchen und den coolen Fassaden immer auch diese kleinen Wahrheiten verstecken,

die von Kränkungen, von Sensibilitäten und einer scharfen Wahrnehmung erzählen. Derart lässt sich „Wir da draußen“, das jüngste Buch von el Azzouzi, als ebenso witzige wie aufschlussreiche Lektüre an. *red*

Fikry El Azzouzi
Wir da draußen
Dumont Verlag, 2016
224 Seiten, 20 Euro

POPULÄRKULTUR

BUCH



Türkei nur erzählt

Jetzt ist schon wieder was passiert. So in etwa fühlt sich die österreichische (und deutsche) Türkei-Berichterstattung an, nur, dass der Brenner fehlt, der am Ende die Hintergründe recherchiert. Wer dennoch mehr

über die Türkei erfahren will, erzählt, so kurzweilig wie ein Krimi, ist mit diesem Buch bestens bedient. Ali Cem Deniz, Radio-Mitarbeiter von FM4 sowie Autor dieses Magazins, weiß, wie er drängende Fragen rund um die politischen Ereignisse in der Türkei verständlich und klar aufbereitet, ohne zu lange auszuholen, ohne aber auch zu sehr zu verkürzen. Beim Lesen gewinnt man schnell den Eindruck, dass hier jemand mit viel Hintergrundwissen die Übersicht hat, sich auf relevante Ereignisse zu konzentrieren. Deniz liefert einen Abriss über die Entwicklung der modernen Türkei, deren kemalistisch-westliche „Erneuerung“ die Bevölkerung mit harten Einschnitten konfrontiert. Das ging bis zu Kleidungsver-

und –geboten oder auch der per Gesetz verordneten lateinischen Schrift. Spannend sind insbesondere die Kapitel, die die vergangenen Jahrzehnte behandeln: die Verstrickungen der alten Parteien in den „tiefen Staat“, um dessen mafiose Verbindungen sich wilde Gerüchte ranken; die faszinierende Metamorphose der wirtschaftsliberalen AKP aus den islamischen Vorgängerparteien; der Aufstieg Erdogans zuerst als Bürgermeister, der Istanbul modernisierte. Aber auch die Implikationen auf eine Politik, die zwischen Putschversuchen, jahrzehntelangen kriegerischen Auseinandersetzungen mit der PKK, verschiedensten Terroranschlägen, ungeklärten Mordserien, einem allmächtigen Militär als kemalistischen Gralshüter und an-

deren Tatsachen, die für einen demokratischen Staat kaum bewältigbar scheinen. Erst im Zusammenspiel all dieser Ereignisse lässt sich ein tiefergehendes Verständnis für die aktuelle politische Situation in der Türkei finden, wobei Recep Tayyip Erdoğan als einer von mehreren zentralen Akteuren eine realistische Einschätzung erfährt. Mit solch klarem und unverstelltem Blick hat man sich der verfahrenen Lage dieses Landes selten angenähert. *gun*

Ali Cem Deniz
Yeni Türkiye – Die neue Türkei.
 Von Atatürk bis Erdoğan
 Promedia Verlag, 2016
 216 Seiten, 17,90 Euro

FILM

„Die Geträumten“

Klingt nicht spektakulär, ist es aber. Anja Plaschg (Soap&Skin) und der Schauspieler Laurence Rupp lesen, nein, leben die wechselhafte Liebesbeziehung zwischen Ingeborg Bachmann und Paul Celan anhand von deren mal überschäumendem, mal verzweifelterm Briefwechsel, der über mehrere Jahre führte. Die Intensität zwischen Plaschg und Rupp ist erstaunlich. Wiewohl nur ein Saal im ORF-Funkhaus in der Argentinierstraße den Rahmen setzt, packt diese Beziehung und lässt einen nicht los. Bachmann und Celan, ein unmögliches Paar, das über weite Distanzen zwischen Wien, Berlin, Rom und selbst nach der



Wahl anderer Partner immer wieder neu für einander aufflammt, finden in Plaschg und Rupp eine Entsprechung, die weniger mit Interpretation und Bühne zu tun haben scheint, als mit dem Gefühl, das sie selbst hier füreinander einbringen. Da findet sich alles, Wut, Liebe, Trauer, Poesie, nur keine Hom-

mage oder ähnlich fade theatrale Formen. Regisseurin Ruth Beckermann agiert unheimlich nuanciert und präzise zwischen Close-ups der Gesichter der beiden und den rhythmisch gesetzten Brüchen der Inszenierung, wenn sie ihren beiden ProtagonistInnen in den Pausen zur Hintertreppe folgt, wo

sich eine eigene andere übermühtige Chemie bemerkbar macht; oder wenn sie Plaschg, versunken am Flügel, beim Improvisieren beobachtet. Das Schöne an „Die Geträumten“ ist, dass hier keine Poesie beschworen wird, sondern die Musikerin und der Profischauspieler selbst zu einer lyrischen Form finden. Eine gute Entscheidung auch, dass Beckermann darauf verzichtet hat, das Geschehen mit Bildern jener Orte zu begleiten, an denen sich Bachmann und Celan aufgehalten haben. Nichts verleiht den Bildern dieses Films mehr Intensität und Farbe als das unmittelbare Spiel, das man hier in diesem holzvertäfelten Studiosaal erleben kann. Ab 16. Dezember in den Kinos zu sehen. *red*

POPULÄRKULTUR

BUCH



Flucht aus Bosnien

Bald 25 Jahre ist es her, dass der Krieg in Bosnien und Herzegowina ausgebrochen ist. Einige Erinnerungen jener Menschen, die damals vertrieben wurden, hat Adisa Begić – sie

selbst musste als Achtjährige das Land verlassen – im schmalen Band „Über/Leben im Krieg“ zusammengetragen. Anhand dieser Erzählungen wird exemplarisch deutlich, was Vertreibung heißt. Den persönlich gestalteten Kapiteln vorangestellt ist ein Intro von Esmir Ćatić, das den politischen Rahmen für diese Erzählungen abstecken soll. Die Bilanz des Bosnienkrieges sind 100.000 Tote, davon 68.000 BosnierInnen muslimischen Glaubens. Die Gräben zwischen Belgrad und Sarajewo lassen sich aus diesem Introtextherauslesen. Als wichtiges Kapitel von oral history stellen sich die Erinnerungen vertriebener Menschen, vorwiegend von Frauen und Mädchen, dar, die im Folgenden ver-

sammelt. Sehr lebendig verfasst, entsteht gleichermaßen ein Bild klammer Momente und einer traurigen Rückschau. So wie jene von Hurka, die heute 50 Jahre alt ist, und 1992 aus Motovo, einem Bergdorf 40 Kilometer von Tuzla entfernt, geflüchtet war. Damals war sie 24 Jahre alt, eine junge Mutter, die mit ihren Kindern, mit anderen Frauen eilig auf die Anhänger von Traktoren steigt, um alles hinter sich zu lassen. Das neubezogene, weiß gestrichene Haus, die Kühe, den Schwiegervater, ihr gesamtes bisheriges Leben. Sie konnte sich und ihre Kinder retten. Erinnerungen an ein scheinbar intaktes Land hat Lejla, heute 34 Jahre, geflüchtet im Herbst 1992, aus Konjic. Die Klassenbeste von damals erin-

nert sich an ihre Volksschulzeit. An den Tag der Republik, der in Jugoslawien am 29. November gefeiert wurde, als die SchülerInnen einen Eid aufzusagen hatten, der sie zu „PionierInnen“ machte. In weißer Bluse, dunkelblauem Rock auf der Bühne wurde ihnen eine blaue Mütze mit rotem Stern (Titovka) überreicht. Dazu ein rotes Halstuch, ein Abzeichen und ein kleines Buch. Doch dann, im Jahr 1992, war alles anders. Jugoslawien war in Auflösung begriffen. *red*

Adisa Begić
Über/Leben im Krieg
 Al Hamra Buchhandel &
 Verlag, 2016
 80 Seiten, 9,90 Euro

BUCH



Deutschland ist bedroht

Da sind sie wieder, die Werte. Dazu auch gleich die Bedrohung. Der Untertitel des Buches heißt: „Warum wir unsere Werte jetzt verteidigen müssen“. Das

sind Begriffe, die eher als Anhänger zu verstehen sind, verkaufsträchtig formuliert in einer Debatte, in die auch dieses Buch keine Ordnung und keinen roten Faden zu bringen vermag. Aber das ist wohl auch nicht der Anspruch der deutsch-jesischen Journalistin Düzen Tekkal, die etwa durch ihre Fernsehreportage „Háwar“ aus dem Irak bekannt wurde. „Deutschland ist bedroht“ liest sich weniger martialisch, als der Titel es verspricht. Tekkal fügt eine Kollektion aus Gedanken und Beobachtungen kolportagehaft zusammen, die auf in Deutschland lebende Muslime abzielen, und dabei ohne besondere Trennschärfe in Problemzusammenhängen verhandelt werden. Auch wenn Tekkal immer wie-

der um Objektivierung bemüht ist, und der Mehrheit der deutschen Muslime demokratische Gesinnung zuspricht, lauert die Warnung vor Radikalisierung hinter jedem nächsten Satz. Dschihadismus ernst zu nehmen ist das wichtigste und verständliche Anliegen von Tekkal und so etwas wie der Motor ihres Buches. Ideen gegen das Erstarken radikaler Kräfte finden sich kaum, wenn, dann als Mangelbeschreibung, etwa: „Die Treue zur demokratischen, republikanischen Ordnung wird in Deutschland kaum thematisiert oder gar abgefragt.“ Statt dessen würden die Deutschen die Franzosen für ihren Nationalstolz belächeln. Die stärkeren Momente des Buches lassen sich eher in jenen Wahrheiten ausmachen, die

die Reporterin auf den Straßen Deutschlands findet, doch die oftmals plakativen Schlussfolgerungen machen diese Beobachtungen nicht produktiv. Gleichungen wie „Terror will Angst erzeugen“ oder das Zitat eines nicht ausgewiesenen Friedensrichters, in den deutschen Gerichten gehe es zu wie auf dem Ponyhof, fühlen sich angesichts des dringlich gehaltenen Buchtitels ein wenig verloren an. *red*

Düzen Tekkal
Deutschland ist bedroht: Warum wir unsere Werte jetzt verteidigen müssen
 berlin Verlag, 2016
 224 Seiten, 17 Euro

POPULÄRKULTUR

BUCH



Kinderrechte jetzt

„Darf ich genauso viel mitreden wie Erwachsene? Darf ich selbst bestimmen, wann ich ins Bett gehe? Habe ich das Recht auf Taschengeld?“ Diese und weitere Fragen werden im Buch „Kinder, das sind eure Rechte“

erläutert. Die Vereinten Nationen einigten sich 1989 auf eine Festschreibung von Kinderrechten in Form der Kinderrechtskonvention (KRK). Entstehung der KRK und 10 wichtige Kinderrechte werden in dieser Publikation kindgerecht bearbeitet. Zu jedem Kinderrecht gibt es eine Beschreibung, mit anschließenden kinderzentrierten Fragen welche die Bedeutung des jeweiligen Rechtes greifbarer machen. Die Mitarbeit einiger Kinder an diesem Werk bietet anderen Jungen und Mädchen einen Reiz es zu lesen. Dem Anspruch, Kinderrechte auf verständliche, altersgerechte und anschauliche Weise zu präsentieren, wird auch mit Hilfe der Bilder des Künstlers Lukas Hüller entsprochen. Lukas Hüller hat als Initiator und künstlerischer

Leiter des Projektes „CHILD OF PLAY“ in Kooperation mit Kindern, Jugendlichen und internationalen KünstlerInnen auch ein „Dorf der Kinderrechte“ in der Tiroler Stadt Hall aufgebaut. Einige Eindrücke aus dem Projekt sind grundlegendes Anschauungsmaterial dieses Buches. In Kooperation mit der Autorin Anne-Katrin Schade und dem Kinderrechtsexperten Helmut Sax ist eine informative Kinderliteratur entstanden.

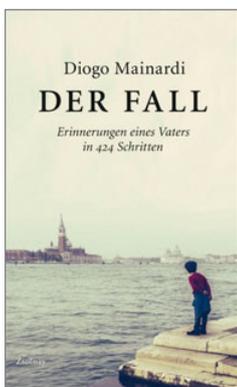
Aus pädagogischer Sicht ist schnell festgestellt, dass dieses Buch für die Kinderhand gedacht ist. Aufbau, Struktur und Sprache werden den Anforderungen für Kinder gerecht. Wichtige Inhalte und komplexe Begriffe werden den jungen LeserInnen verständlich beschrieben. Kindern werden viele Tipps ge-

boten, damit sie ihre Rechte umsetzen können. Miteinander reden steht im Vordergrund und zieht sich als Empfehlung wie ein roter Faden durch das gesamte Buch. In der täglichen Arbeit als Lehrerin bietet das Buch einige Möglichkeiten es im Unterricht schwerpunktmäßig mit Kinder vom 9. bis zum 14. Lebensjahr einzusetzen. Darum liebe PädagogenInnen teilt euren Schützlingen mit: „Kinder, das sind eure Rechte“.

Angela Gföhler

Anne-Katrin Schade, Lukas Maximilian Hüller
Kinder, das sind eure Rechte
 Gabriel Verlag, 2016
 104 Seiten, 15,50 Euro

BUCH



Ein besonderer Fall

„Ich bin Titos Vater. Es gibt mich nur, weil es Tito gibt“, schreibt der Autor an einer Stelle im Buch „Der Fall“. Es sind Sätze wie diese, an denen man

hängen bleibt. Tito ist der Sohn des brasilianischen Autors Diogo Mainardi. Aufgrund eines medizinischen Behandlungsfehlers bei der Geburt, wodurch Sauerstoffmangel entstand, hat Tito Zerebralparese, eine spastische Hirnlähmung. Er kann sich zuerst nur mit Gesten, Bildern und Symbolen verständigen. Erst allmählich lernt er gehen: Meistens fällt er, richtet sich wieder auf und versucht einen Schritt und fällt wieder. Mainardi beschreibt die ersten zehn Jahre seines Sohnes in 424 kurzen Textabschnitten, garniert mit Fotos seines Sohnes oder historischen Bezügen auf diesem langen Weg. Er beschreibt den Gerichtsprozess gegen das Spital, er sieht sich in

der Geschichte nach Menschen mit Zerebralparese um und beschreibt die grausame „T4-Aktion“ der Nazis, bei der Menschen wie Tito vergast wurden. Und er protokolliert jeden kleinen Schritt, jede Verbesserung. Es vertieft sich die Vater-Sohn-Beziehung. Auch wenn man berücksichtigt, dass es sich hier um eine wohlhabende Familie handelt, die dem Kind alle möglichen Förderungen zukommen lassen kann und es dadurch auch bedeutend leichter hat als Familien ohne diesen finanziellen Hintergrund, ist das Buch auf kunstvolle, eigene Weise ein Plädoyer für eine andere Sicht auf Behinderung. Durch das ganze Buch hindurch ist spürbar wie bereichert

sich der Vater von seinem besonderen Sohn fühlt und wie sich sein Horizont weitet. *eba*

Diogo Mainardi
Der Fall. Erinnerungen eines Vaters in 424 Schritten.
 Zsolnay Verlag, 2016
 176 Seiten, 18,40 Euro

Die Zukunft beginnt hier.

Das neue 100 Seiten starke Magazin rund um: Mensch und Maschine – Natur und Technik – Raum und Zeit



JETZT
IN TRAFIK &
EINZELHANDEL

DER STANDARD
FORSCHUNG

€ 5,90



SOS MITMENSCH

TEXT: ALEXANDER POLLAK

WIEDERBETÄTIGUNG

Gaskammernverleugnung ist keine Bagatelle

SOS Mitmensch hat Kritik daran geübt, dass Justizminister Wolfgang Brandstetter die Einstellung eines Verfahrens gegen einen Anwalt aus Wels verordnet hat, der im Zuge eines Plädoyers die Existenz von Gaskammern in Mauthausen infrage gestellt hatte. Brandstetter war einer Empfehlung des Weisungsrates im Justizministerium gefolgt – einem Beratungsgremium, das vom Justizminister beigezogen werden kann.

Aus Sicht von SOS Mitmensch wird damit ein bedenklicher Präzedenzfall in Sachen Straffreiheit von Gaskammernverleugnung geschaffen. Die Verleugnung von Gaskammern im größten Konzentrations- und Vernichtungslager auf österreichischem Boden darf nicht zur Bagatelle erklärt werden, auch nicht im Zuge der Ausübung des rechtsanwaltlichen Berufes. Die Justiz muss weiterhin klare Maßstäbe setzen.



Nicht nur in Auschwitz wurden Menschen durch Gas ermordet, auch in Mauthausen.

SOZIALES

Mit Armut spielt man nicht

Eine menschenwürdige Mindestsicherung hilft allen in Österreich. Sie ist die Grundlage dafür, dass die Menschen in Österreich in einem sozialen und sicheren Land leben können. Sie schafft Perspektiven für Kinder und Jugendliche, deren Eltern kein oder nur ein sehr niedriges Einkommen haben. Sie schützt vor extremen Existenzängsten, Hoffnungslosigkeit, Verelendung und Kriminalität. Investitionen in die soziale Stabilität haben Österreich in den vergangenen Jahrzehnten geprägt und stark gemacht. Mittellose Menschen zu unterstützen bedeutet am Ende des Tages alle in unserer Gesellschaft zu schützen. Doch dieser soziale Konsens ist

derzeit einem Frontalangriff ausgesetzt. Als Teil der von der Armutskonferenz gestarteten Initiative #abersicher setzt sich SOS Mitmensch für eine bessere Mindestsicherung und weniger Armut ein. Wir urteilen scharf jene Teile der Politik, die auf dem Rücken mittelloser Menschen Machtspiele betreiben und auf eine tiefe soziale Spaltung setzen. Die Budgetberechnungen der zivilgesellschaftlichen Allianz „Wege aus der Krise“ zeigen: Es sind genügend Mittel vorhanden, um die Beibehaltung oder sogar den Ausbau einer menschenwürdigen Mindestsicherung zu finanzieren. Gefragt ist der politische Wille zu solidarischem Handeln.



DIE MINDESTSICHERUNG HILFT uns allen, in einem sozialen und sicheren Land zu leben.

Alexander Pollak
SOS MITMENSCH

„Das soziale Schutznetz nicht zerreißen“

Gegen Dublin-Abschiebungen

Das Dublin-System sorgt weiterhin dafür, dass Geflüchtete auch nach ihrer Ankunft in Österreich in täglicher Unsicherheit leben müssen. Familien, die sich bereits hier eingelebt haben, werden wieder aus ihrer Umgebung herausgerissen. In zahlreichen Gemeinden protestieren BürgerInnen gegen die Abschiebung ihrer neuen NachbarInnen.

Live-Einkommens-Zähler

SOS Mitmensch hat einen Live-Einkommens-Zähler online gestellt. Er zeigt, wie hoch die Regierungsmitglieder, was ihr Einkommen betrifft, über jenen Menschen schweben, die Mindestsicherung erhalten. Und er zeigt, was für ein existenzbedrohender Einschnitt bei MindestsicherungsbeziehernInnen vollzogen wird: www.sosmitmensch.at

Gegen einen konstruierten Notstand

Mehr als 4.400 Privatpersonen haben sich der Stellungnahme von SOS Mitmensch gegen die Notverordnung angeschlossen. Darunter Nobelpreisträgerin Elfriede Jelinek, Olympia-Bronzemedaillegewinner Thomas Zajac und Holocaust-Überlebende Dora Schimanko. Sie alle protestieren gegen einen konstruierten Notstand.



„Die derzeitige Situation bietet bei weitem keinen Anlass für eine Notverordnung. Ich halte nichts von einem konstruierten Notstand.“

Thomas Zajac,
Olympia-Medaillegewinner

Olympia-Bronzemedaillegewinner Thomas Zajac gegen einen konstruierten Notstand

ANDERE ÜBER ...

KOMMENTAR

How low can you go?

Der Integrationsminister fordert 1-Euro-Jobs für Asylberechtigte. Wo bleiben die Maßnahmen für Bildung und Arbeitsmarktintegration?

Kommentar von Andrea Eraslan-Weninger und Willi Resetarits

Die bereits durchgeführten und geplanten Kürzungen der Mindestsicherung für Flüchtlinge in Ober- und Niederösterreich müssen unbedingt rechtlich bekämpft und zurückgenommen werden, da sie rechtswidrig und zutiefst unmenschlich sind und die Schaffung von Armut als Programm haben. Am Beispiel der aktuellen Mindestsicherungsdebatte und der Forderung nach 1-Euro-Jobs von Sebastian Kurz wird klar ersichtlich, dass unser Sozialstaat in Gefahr ist. Die angedachten Kürzungen und Sanktionen bei der Mindestsicherung, sowie die unappetitliche Diskussion über 1-Euro-Jobs und 2,50-Euro-Jobs sind ein Angriff auf die sozialen Leistungen in Österreich und auf die ArbeitnehmerInnenrechte.

Kurz forderte bereits im August 2016 verpflichtende 1-Euro-Jobs für Asylberechtigte, u.a. mit der Begründung, wer den ganzen Tag zu Hause und im Park herumsitzt, der hätte auch Tagesfreizeit, um auf blöde Gedanken zu kommen. Was er nicht dazu sagte, dass er als Integrationsminister keine bzw. viel zu wenige Möglichkeiten für Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarktintegration geschaffen hat. Er macht, so eine beliebte politische Taktik, Flüchtlinge zu Sündenböcken, obwohl er selbst für die fehlenden Möglichkeiten als Integrationsminister die politische Verantwortung trägt. Kurz hat seine Hausaufgaben nicht gemacht. Darüber hinaus würde diese Maßnahme alle BezieherInnen von Mindestsicherung gefährden.

Wir im Integrationshaus fordern seit 20 Jahren Betreuung, Beratung und Bildung für Asylsuchende vom ersten Tag an und einen Arbeitsmarktzugang nach längstens 6 Monaten. Dass Asylsuchende de facto nicht arbeiten dürfen, liegt auch ganz besonders am Widerstand von Teilen der ÖVP, insbesondere aber an Innenminister Sobotka, der auf eine ebenso menschenverachtende Art und Wei-

se maximal 2,50-Euro-Jobs für Menschen in der Grundversorgung fordert, mit der Behauptung, dass 5 Euro für gemeinnützige Tätigkeiten ein Anreiz für Wirtschaftsflüchtlinge sei. Dies ist an Geschmacklosigkeit kaum noch zu überbieten.

An dieser Diskussion wird deutlich, wie wichtig es ist, sich für die Erhaltung und Verbesserung des Sozialstaates einzusetzen. Dafür braucht es eine breite Solidarität, eine verantwortungsvolle Politik und laute Stimmen aus der Zivilbevölkerung. Soziale Rechte sollen ausgebaut und nicht geschmälert werden. Es ist eine Tatsache, dass sich der Arbeitsmarkt zunehmend prekariert und immer mehr Menschen trotz Arbeit auf die Mindestsicherung angewiesen sind. Hier braucht es Maßnahmen wie Arbeitszeitverkürzung, bessere Löhne und eine Verbesserung bei den Arbeitsmarkt-Integrationsprogrammen und den sozialen Leistungen und eine gute Kooperation mit der Wirtschaft. Eine Politik, die für Partizipation und Chancengerechtigkeit steht, verlangt nach einer transkulturellen Öffnung der Institutionen und nach innovativen Programmen, die einen gleichberechtigten Zugang zu Bildung, zum Arbeits- und Wohnungsmarkt und zu sozialen Rechten ermöglichen. Eine Politik, die Sanktionen beim Nichtbesuch von Sprach- und Wertekursen vorsieht, real aber viel zu wenige Mittel für Spracherwerbsmaßnahmen anbietet, diffamiert Flüchtlinge und ist als schikane zu beurteilen. Wir brauchen aber keine Hetzer und Brandstifter, wir brauchen eine Politik, die sich für eine gute Zukunft für alle einsetzt! Wir brauchen Mut für neue Wege und Visionen und Verteilungsgerechtigkeit. Es braucht eine Veränderung und Weiterentwicklung der Institutionen und der gesamten Gesellschaft um adäquat und zukunftsorientiert ein gutes Zusammenleben für alle zu gestalten.

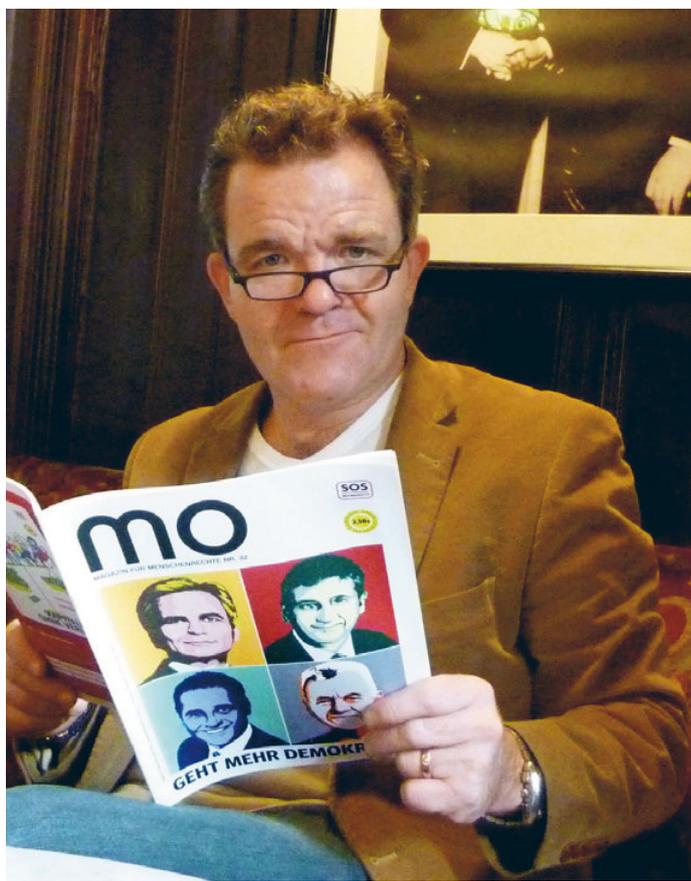
Andrea Eraslan-Weninger ist Geschäftsführerin des Integrationshauses.

Willi Resetarits, auch bekannt als Dr. Kurt Ostbahn, ist Gründer und Ehrenvorsitzender des Integrationshauses in Wien Leopoldstadt.

Das Integrationshaus besteht seit 1995. Am Tag vor dem Lichtermeer 1993 hatten sich Resetarits und Sepp Stranig mit dem damaligen Vizebürgermeister und Finanzstadtrat Hans Mayr getroffen, um ihm das „Projekt Integrationshaus“ vorzuschlagen. Dieser sprach die legendären Worte: „Des moch ma!“ Seit über 20 Jahren bietet es für Flüchtlinge und MigrantInnen Beratung, Versorgung, Bildungs- und Ausbildungsprojekte und andere Services an.

**„Menschenrechte gehen
uns alle an. Mir ist die
unabhängige Aufbereitung
von Menschenrechtsthemen
im MO-Magazin von SOS
Mitmensch 86 Euro im
Jahr wert. Ihnen auch?“**

Cornelius Obonya



ABO-BESTELLUNG

MO-Soliabo – 4x jährlich MO lesen um 86 Euro

ZAHLUNGSART

Einziehungsermächtigung (Einzug 1x jährlich)

IBAN

BIC

Vorname, Name

E-Mail

Zahlschein

LIEFERADRESSE

Vorname, Name

Adresse

PLZ | Stadt

E-Mail

E-Mail abo@momagazin.at

Fax 01/524 99 00-9

Post SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, A-1070 Wien



**MO – Die Menschenrechte
im Auge behalten!**



Asyl ist ein Menschenrecht. Arbeit ein Grundrecht. Unterstützen Sie unsere Aktionen für mehr Menschenwürde: IBAN: AT 876 000 000 091 000590 BIC: BAWAATWW
www.sosmitmensch.at



DANKESCHÖN!

An alle unsere InserentInnen, SponsorInnen und SpenderInnen 2016 und alle, die uns und unsere Kolporteurinnen durch den Kauf dieses Magazins unterstützen! Sowie an folgende Spielstätten:

